

Zeugen des Krieges

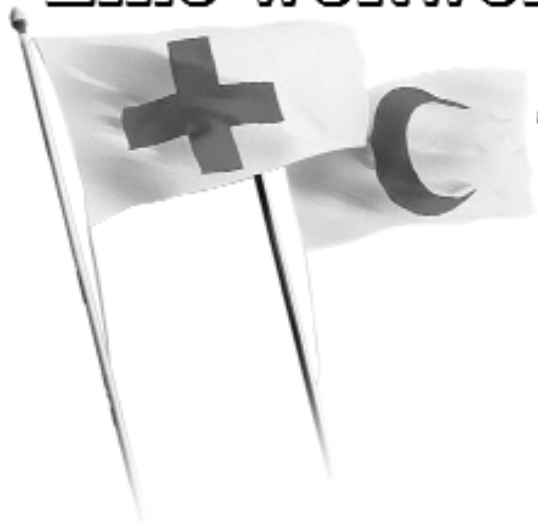
Eine weltweite
Umfrage
des IKRK
zu den
Kriegsregeln





Zeugen des Krieges

Eine weltweite Umfrage des IKRK
zu den Kriegsregeln



Bei der vorliegenden deutschsprachigen Publikation handelt es sich im Wesentlichen um eine Übersetzung der Zusammenfassung aus dem 1999 veröffentlichten Abschlussbericht von Greenberg Research, „Zeugen des Krieges“, einschließlich einiger Tabellen des Gesamtberichts sowie Fotomaterialien des IKRK.

Impressum: Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat, Bonn, 2001.

Redaktionelle Bearbeitung: Marion Messerschmidt

Gestaltung: K. Pagel, DAVIS BONN GmbH

Titelgestaltung: Gero Zimmermann, Team 63

Fotos/Umschlag: IKRK, Genf

Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

VORWORT: DAS PROJEKT „ZEUGEN DES KRIEGES“

Zum 50. Jahrestag der modernen Genfer Konventionen (am 12. August 1999) startete das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) das Projekt „Zeugen des Krieges“ mit der Zielsetzung, grundlegenden humanitären Prinzipien größere Geltung zu verschaffen. Im Mittelpunkt dieses Projekts stand eine weltweite Befragung, die einer allgemeinen Öffentlichkeit Gelegenheit gab, ihre Ansichten über die vielfältigen Aspekte des Krieges zu äußern. Die Idee dabei war, Zivilisten und Kombattanten zu erlauben, ihre Erfahrungen auszutauschen, ihre Meinungen zu grundlegenden Regeln zu äußern, welche im Kriegsfall eingehalten werden müssen, die Gründe der häufigen Missachtung dieser Regeln zu erörtern und Überlegungen über mögliche Entwicklungen zu wagen.

Auf der Basis dieser Überlegung beauftragte das IKRK das Meinungsforschungsinstitut Greenberg Research, Inc. mit der Ausarbeitung eines Forschungsprogramms, das geeignet sein sollte, die Meinung der Menschen so effektiv wie nur möglich zu Gehör zu bringen. Unter der Leitung von Greenberg Research führten IKRK-Mitarbeiter und freiwillige Helfer des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes diese Befragungsaktion in 12 Ländern mittels vertiefter Einzelinterviews, Gruppendiskussionen und landesweiten Meinungsumfragen durch (Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Kambodscha, Kolumbien, El Salvador, Georgien/Abchasien, Israel, den Besetzten Gebieten und den Autonomen Gebieten, Libanon, Nigeria, Philippinen, Somalia und Südafrika). Einfache Fragebogenumfragen wurden in fünf weiteren Ländern durchgeführt, um auch die Wahrnehmung des Krieges durch die Menschen in diesen Ländern zu ergründen (Frankreich, Russische Föderation, Schweiz, Großbritannien und USA).

Analysten von Greenberg Research erarbeiteten anschließend auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse eine Reihe von Länderberichten. Mit den Berichten werden diese neuen, wichtigen Informationen einem breiteren Publikum zugänglich gemacht, wobei die Notwendigkeit berücksichtigt wird, die Sicherheit aller Befragungsteilnehmer zu gewährleisten.

Durch die Veröffentlichung dieser Befragung hofft das IKRK, auf lokaler wie internationaler Ebene eine Debatte über die humanitären Aspekte des Krieges anzustoßen - eine Debatte, an der sich zu beteiligen alle wichtigen politischen Akteure, internationalen und Nichtregierungsorganisationen sowie Hilfsorganisationen aufgefordert sind.

Greenberg Research, Inc.

Greenberg Research ist ein Meinungsforschungsinstitut, das seit über zwei Jahrzehnten seinen Beitrag dazu leistet, Organisationen und Verantwortliche auf der ganzen Welt bei der Verwirklichung ihrer Ziele vor dem Hintergrund des rapiden Wandels zu unterstützen. Hierzu wendet das Institut fortschrittliche Meinungsforschungsmethoden - Umfragen, Zielgruppendifkussionen und vertiefte Einzelinterviews - zur Unterstützung der Strategieentwicklung politischer Parteien, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen an.

Greenberg Research verfügt über umfassende Projekterfahrung in Europa und den USA ebenso wie im Nahen Osten, in Asien, im südlichen Afrika sowie in Zentral- und Südamerika. Das Institut hat bereits Untersuchungen in von Kriegen heimgesuchten, politisch komplexen oder geographisch abgelegenen Umfeldern durchgeführt. Im Rahmen seiner Arbeit für Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen betreibt es Forschung zu einer Vielzahl von globalen Fragen, darunter die Problematik der Landminen, der Gentechnik, des Klimawandels, der Beziehungen zwischen Rassen und Geschlechtern sowie des Bereichs des Handels und der Informationstechnologie.

Die im Bericht vertretenen Ansichten geben nicht die Haltung des IKRK wieder. Das IKRK hat Greenberg Inc. mit der Ausarbeitung und Überwachung der Befragung „Zeugen des Krieges“ beauftragt. Greenberg Research hat deren Ergebnisse zusammengestellt und ausgewertet und ist verantwortlich für alle Inhalte und Interpretationen.

Aktuelle Informationen zum Projekt „Zeugen des Krieges“ finden sich auf der IKRK-Website: www.onwar.org

INHALTSANGABE

VORWORT: DAS PROJEKT „ZEUGEN DES KRIEGES“	3
1. ALLGEMEINE HINTERGRUNDINFORMATIONEN	7
2. ZUSAMMENFASSUNG DER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE	12
A. Ergebnisse in den kriegsbetroffenen Ländern	12
Erfahrungen der Kombattanten	12
Die Folgen für die Zivilbevölkerung	12
Totales Engagement	13
Die abgelehnten Konflikte	13
Frauen im Krieg	14
Kinder	15
Das globale Wertesystem	15
Definition der Grenzen	16
Die Grundlage der Wertnormen	16
Die Genfer Konventionen	17
Die moderne Kultur des Krieges	17
Landminen und sonstige Waffen	19
Erklärungsmuster für den Zusammenbruch von Normen und Konventionen	19
Wichtigste Schutzfunktion	22
Gefangene in bewaffneten Konflikten	22
Kriegsverbrechen	24
Die internationale Gemeinschaft	25
Das Emblem des Roten Kreuzes oder Roten Halbmondes	25
B. Ergebnisse in den ständigen Mitgliedsländern des Sicherheitsrates: Frankreich, Russische Föderation, Großbritannien und USA	26
C. Ergebnisse in der Schweiz	28
3. TABELLEN ZU EINZELNEN UMFRAERGEERGEBNISSEN IN DEN KRIEGSBETROFFENEN LÄNDERN UND STÄNDIGEN MITGLIEDSLÄNDERN DES SICHERHEITSRATES	30
ANHANG ZUM METHODOLOGISCHEN ANSATZ	42

1. ALLGEMEINE HINTERGRUND- INFORMATIONEN

Vor fünfzig Jahren, im Anschluss an einen Weltkrieg, der keinerlei Grenzen zu kennen schien, schufen 63 Länder der Welt die Genfer Konventionen vom 12. August 1949, um den Schutz von Kombattanten und Zivilisten in Zeiten bewaffneter Konflikte zu stärken. Die systematische Auslöschung von Volksgruppen, der Tod von Millionen von Zivilisten und Soldaten an der Ostfront, die brutale Besetzung von Ländern in Asien und die Zerstörung ganzer Städte aus der Luft hinterließen eine Welt, die entschlossen war, die Kriegführenden zu zügeln und die Zivilisten zu schützen.

Heute, fünfzig Jahre nach der Annahme der Genfer Konventionen und mehr als 20 Jahre nach der Annahme der beiden Zusatzprotokolle zu den Konventionen, veranlasst das durch bewaffnete Konflikte verursachte andauernde Leiden die Staatengemeinschaft, innezuhalten und über ihr Verhalten nachzudenken. Zur Wende des Jahrhunderts beherrscht in mehr als 20 Ländern auf der ganzen Welt der Krieg das Leben. Am Ende des 20. Jahrhunderts sind die Zivilisten ins Zentrum des Kriegsgeschehens gerückt, das sich in der Vergangenheit hauptsächlich auf den Schlachtfeldern abspielte. Der fundamentale Wandel des Charakter des Krieges wird durch eine bloße Statistik verdeutlicht: Im Ersten Weltkrieg betrug das Verhältnis zwischen der Zahl der getöteten Zivilisten und derjenigen der gefallenen Soldaten eins zu neun. In den Kriegen von heute sterben schätzungsweise 10 Zivilisten für jeden im Kampf getöteten Soldaten bzw. Kämpfer.¹

Kriege konventioneller Art mit Schlachten zwischen regulären Streitkräften über Grenzen hinweg fordern weltweit noch immer einen schrecklichen Blutzoll. Man halte sich nur das gewaltige Aufgebot an Streitkräften vor Augen, die in den Konflikten zwischen Irak und Kuwait, Iran und Irak, Indien und Pakistan, Nord- und Südkorea, Äthiopien und Eritrea oder Israel und Libanon kämpf-

ten. Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen brechen heute jedoch immer häufiger in Folge des Rückzugs, Zusammenbruchs oder der Instabilität staatlicher Macht und Autorität aus. Diese Kriege bestehen weniger in einem Zusammenstoß von Streitkräften als vielmehr in einem Kampf um die Kontrolle über bestimmte Gebiete oder Bevölkerungsteile. In bewaffneten Konflikten in so unterschiedlichen Ländern wie Afghanistan, Bosnien-Herzegowina oder Kolumbien hat sich eine Kultur des Krieges herausgebildet, welche die Zivilisten in den Mittelpunkt des Konflikts zerrt. Die heutigen Kriege werden in ihrer überwiegenden Mehrzahl inmitten bevölkerter Gebiete geführt, manchmal sogar innerhalb von Städten und Dörfern. Die Kombattanten sind bestrebt, ganze ethnische oder nationale Gruppen zu vertreiben oder zu vernichten; sie zielen auf die Demoralisierung und Kontrolle von Bevölkerungsteilen oder Territorien ab. In vielen dieser Konflikte bedeutet Krieg, einfach ausgedrückt, Krieg gegen Zivilisten.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) wurde von den inzwischen 189 Vertragsparteien der Genfer Konventionen von 1949 beauftragt, im Interesse der Opfer bewaffneter Konflikte zu handeln und ihnen Schutz und Hilfe zu bringen. Diese Aufgabe erfüllt es durch den Besuch von Kriegsgefangenen, die Zusammenführung von durch Konflikte getrennten Familien, die Gewährung humanitärer Hilfe für Zivilisten sowie die Verbreitung der Kenntnis des Kriegsrechts bei Soldaten und Kämpfern.

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Genfer Konventionen hat das IKRK eine weltweite Befragungsaktion unter Menschen organisiert, die in den letzten Jahrzehnten Kriege erlebt haben, um nach Wegen zu suchen, sie in Zeiten bewaffneter Auseinandersetzungen besser schützen zu können. Dieses Forschungsprogramm will ihren Stimmen mehr Gewicht verleihen und erwirken, dass sie vor internationalen Foren Gehör finden.

Die Befragung wurde unter Zivilisten und Kombattanten in 12 Ländern durchgeführt, welche die modernen Formen des Krieges durchleben mussten. An den Kriegsschauplätzen bestand die Befragungsaktion aus landesweiten Meinungsumfragen sowie Zielgruppendifkussionen und Einzelinterviews. Insgesamt wurden im Rahmen des IKRK-Projekts 12.860 Personen in kriegsbetroffenen Ländern befragt (ohne die Befragungen, die im Kontext des parallelen Forschungsprogramms durchgeführt wurden - siehe Anhang zum methodologischen Ansatz) und 105 Zielgruppendifkussionen sowie 324 vertiefte Einzelinterviews durchgeführt.



© IKRK/Paul Grabhorn

Obwohl es sich dabei kaum um ein Umfeld handelte, das konventionellen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen förderlich war, trieb die Notwendigkeit, die Stimmen der Betroffenen zu hören, das Projekt bis in die schwierigsten Regionen der Welt hinaus. Seine Realisierung wäre freilich nicht möglich gewesen ohne die Vertrauensstellung des IKRK bei den kriegführenden Parteien in diesen Konflikten und die Bereitschaft der Mitarbeiter und Freiwilligen der Nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften an den meisten Schauplätzen, sich die Kenntnisse eines professionellen Interviewers anzueignen. Die IKRK-Befragungsaktion wurde an den folgenden Kriegsschauplätzen auf der ganzen Welt durchgeführt.²

Arabisch-israelischer Konflikt, einschließlich Palästina Konflikt: Israelis und Araber befinden sich seit über 50 Jahren im Krieg über umstrittene Gebiete, die sowohl Palästinenser als auch Israelis als ihr Eigentum beanspruchen. Der Konflikt hat fast den gesamten Nahen Osten in den Kampf verwickelt und vier ausgewachsene Kriege verursacht, die Zehntausenden das Leben gekostet haben. Friedensgespräche werden vor dem Hintergrund scharfer religiöser und ideologischer Gegensätze geführt.³

Afghanistan: Der zwanzigjährige Krieg in Afghanistan lässt sich in vier verschiedene Phasen einteilen: die sowjetische Invasion 1979 und die folgende Dekade des Krieges, den internen bewaffneten Kampf zwischen den *Mudschahidin* und der kommunistischen Regierung von 1989 bis April 1992, den zweijährigen Bürgerkrieg zwischen afghanischen Fraktionen sowie den fortwährenden Kampf zwischen den Taliban und der Nord-Allianz seit 1994. Insgesamt wurden in diesen Konflikten etwa 1,7 Millionen Menschen getötet, weitere 2 Millionen trugen dauerhaft schwere Behinderungen davon, und mehr als 5 Millionen Afghanen wurden aus ihren Wohngebieten vertrieben.

Bosnien-Herzegowina: Der Krieg in Bosnien-Herzegowina war ein Kampf zwischen den drei Hauptgemeinschaften des Landes - Bosnier, Serben und Kroaten - um die territoriale Kontrolle in Folge des Auseinanderbrechens der jugoslawischen Föderation. Von 1991 bis 1995 forderte der Krieg über 200.000 Tote und entwurzelte die Hälfte der Bevölkerung von 4 Millionen Menschen. Die Furcht vor Instabilität auf dem Balkan veranlasste die Westmächte zur Intervention, die in einen gespannten Friedenszustand mündete.

El Salvador: In den achtziger Jahren wütete ein Bürgerkrieg in El Salvador, der sich dadurch in die Länge zog, dass es sich um einen der damals zahlreichen Stellvertreterkriege handelte, die den Supermächten während des Kalten Krieges zur Ausdehnung ihres Einflussbereiches dienten. Der Konflikt zwischen den Regierungsstreitkräften und den kommunistisch inspirierten regierungsfeindlichen Kräften hinterließ mehr als 75.000 Tote und entwurzelte Hunderttausende. 1992 wurde ein Friedensabkommen unterzeichnet, doch blieb das Land verarmt und tief gespalten.

Georgien und Abchasie⁴: Die Kämpfe in der früheren Sowjetrepublik Georgien brachen im Jahr 1992 aus, als die nordwestliche Region Abchasien ihre Unabhängigkeit erkämpfen wollte. Der Krieg, in dem beide Seiten die Zivilbevölkerung terrorisierten, um bestimmte Gebiete „ethnisch zu säubern“, hinterließ mindestens 15.000 Tote. Zwar wurde der offene Schlagabtausch 1994 beendet, doch blieb die Situation formal ungelöst. Es gibt nach wie vor Hunderttausende von Vertriebenen, die unter den Folgen von Kriminalität und wirtschaftlichen Entbehrungen leiden.

Kambodscha: Dreißig Jahre der Gewalt und Perioden bewaffneter Konflikte kosteten etwa 1,25 Millionen Kambodschaner das Leben. Nach einem Bürgerkrieg von 1970 bis 1975 ergriffen die Roten Khmer die Macht und führten massive Umsiedlungen durch, bei denen Stadtbewohner systematisch in ländliche Gebiete getrieben wurden, wo viele von ihnen an Hunger starben oder umgebracht wurden. Durch die vietnamesische Invasion in 1979 wurden die Roten Khmer in ihre ländliche Hochburgen zurückgedrängt, von denen aus sie einen erbitterten Widerstandskampf führten. Die Vietnamesen zogen sich 1989 aus dem Land zurück, worauf 1993 Wahlen mit Unterstützung der UN stattfanden.

Kolumbien: Die Kolumbianer durchleben seit mehr als 50 Jahren einen ununterbrochenen Konflikt. Die Ursachen der heutigen Auseinandersetzungen gehen weitgehend auf die Jahre 1946-1957 zurück, in denen das Ringen um die Macht zwischen konservativen und liberalen Parteien einen Bürgerkrieg auslöste, der mehr als 200.000 Menschenleben forderte. In den letzten beiden Jahrzehnten traten sich ablösende Regierungen in Friedensverhandlungen mit ihren Gegnern ein und erreichten gelegentlich einen Waffenstillstand, aber Ruhephasen waren stets eher die Ausnahme als die Regel.

Libanon: Der Krieg im Libanon, der mehr als zwei Jahrzehnte andauerte, zentrierte sich auf eine Kombination interner und internationaler Konflikte. Diese Konflikte forderten etwa 150.000 Todesopfer, entwurzelten mehr als 800.000 Menschen und zerstörten ein einst blühendes Land. Obwohl 1991 ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den kämpfenden Parteien unterzeichnet wurde, standen lange noch israelische Truppen im Südlibanon.

Nigeria: Von 1967 bis 1970 wurde im Südwesten des heutigen Nigeria, der abtrünnigen Region Biafra, ein Bürgerkrieg ausgefochten. Die nigerianische Regierung erzwang die Rückkehr der Region unter die Kontrolle der Bundesregierung in einem Kampf, der schätzungsweise 3 Millionen Menschen das Leben kostete. In den vergangenen Jahrzehnten war die politische und wirtschaftliche Stabilität in hohem Maße vom Ölpreis abhängig. Hoffnungen auf eine weniger unruhige Zukunft keimten im Mai 1999 mit der Amtseinführung des ersten frei gewählten Präsidenten seit über 15 Jahren.

Philippinen: Seit mehr als 20 Jahren sind die Philippinen Schauplatz von örtlich begrenzten bewaffneten Auseinandersetzungen. Auf der südlichen Insel Mindanao zogen Muslimgruppen für die Errichtung eines islamischen Staates in einen Kampf, der mindestens 50.000 Tote hinterließ. In anderen Teilen des Landes fordernten die seit 20 Jahren andauernden Kämpfe zwischen den kommunistischen Guerilleros der *New People's Army (NPA)* und den Sicherheitskräften der Regierung mindestens 40.000 Opfer. Nach der Wiederherstellung der Demokratie 1986 nahm die lokale Gewalt ab, und Landreformen verhalfen den Filipinos zu größerem Wohlstand. Zur Zeit dauern die Friedensgespräche zwischen der Regierung und den beiden aufständischen Seiten noch an.

Somalia: Das vergangene Jahrzehnt des Krieges in Somalia hat seine Wurzeln in traditionellen Rivalitäten zwischen somalischen Clans, die das Land zerrissen. Nach Schätzungen ließen bei diesen Konflikten mehr als 50.000 Menschen der somalischen Gesamtbevölkerung von 10 Millionen ihr Leben, und zurück blieb ein Land ohne Regierungsinstitutionen und Infrastruktur. Die Bedingungen wurden noch verschlimmert durch eine katastrophale Hungersnot im Jahre 1992, die weitere 500.000 Opfer forderte. Zwar wurde im Norden des Landes ein Mindestmaß an Stabilität erreicht, doch mehr als die Hälfte des Landesgebiets wird weiterhin durch Waffengänge zwischen Clanmilizen dominiert.

Südafrika: Der Widerstand gegen den staatlich geförderten Rassismus, die sogenannte Apartheid, wurde bis 1960 hauptsächlich mit legalen Mitteln geführt. Als die Regierung je-

doch ihre Gegner mit immer brutaleren Taktiken zu unterdrücken versuchte, eskalierte die Gewalt. Je mehr die Gewalt in den Townships zunahm - schwarze Gemeinschaften gegen die Sicherheitskräfte und, in einigen Fällen, schwarze Wanderarbeiter gegen städtische Schwarze - desto weniger erwies sich der Staat als fähig, die Kontrolle wiederzugewinnen. Diese Gewalt, in Verbindung mit internationalem Druck, brachte schließlich alle Seiten an den Verhandlungstisch, was den Weg zu demokratischen Wahlen im Jahre 1994 freimachte, welche die Bildung einer multirassischen Regierung zum Ergebnis hatten.

Darüber hinaus schloss die Befragungsaktion landesweite Meinungsumfragen in vier der fünf ständigen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates - Frankreich, die Russische Föderation, Großbritannien und die USA - ein, um zu untersuchen, wie die öffentliche Meinung in diesen Großmachtstaaten Krieg wahrnimmt und wie sie die Chancen einschätzt, den Grundgedanken einschränkender Regelungen im Kriege trotz seines sich ändernden Erscheinungsbildes aufrechtzuerhalten.⁵ Schließlich wurde auch eine Untersuchung der öffentlichen Meinung in der Schweiz durchgeführt, welche eine historische Rolle in der Entwicklung des humanitären Völkerrechts spielte und der Depositarstaat der Genfer Konventionen ist.

Im Rahmen der Befragung, die in diesem Bericht beschrieben wird, erhielten Tausende von Bürgern in kriegsbetroffenen Regionen die Gelegenheit, über ihre Erfahrungen in den bewaffneten Konflikten des späteren 20. Jahrhunderts zu berichten. Mehr noch, sie konnten über das Zusammenbrechen der zum Schutz der Zivilisten vorgesehenen Schranken sprechen, über die Suche nach Schutz, über die Bestimmungen, die dem Krieg wirksame Grenzen zu setzen vermögen, über die Rolle der internationalen Gemeinschaft und über Kriegsverbrechen. Durch die Befragung konnten Menschen aus den kriegsbetroffenen Regionen ihre Ansichten zur Legitimierung jener Regeln vortragen, die darauf abzielen, die Tragweite von Kriegen im vor uns liegenden Jahrhundert zu begrenzen.

Die Befragung gibt Menschen eine Stimme, die die Schrecken eines Lebens inmitten eines Schlachtfeldes oder unter dem Kreuzfeuer wider-

streitender Armeen, Guerillakämpfer oder Milizen am eigenen Leib erfahren mussten. Von Grund auf beschreiben diese Menschen die Zerstörung ihrer Familien und den Verlust ihres Hab und Guts. Daneben werden bei der Befragung auch Kombattanten angehört, die auf diesem „zivilen Schlachtfeld“ Kollektivbestrafungen durchgeführt, Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbraucht oder an „ethnischen Säuberungen“ von Dörfern und Regionen teilgenommen haben. Die Umfragen an vielen dieser Schauplätze zeichnen das Bild einer Zivilbevölkerung, die mindestens im gleichen Maß in den bewaffneten Konflikten von heute gelitten hat wie die Kombattanten.

© IKRK/Fred Clarke



Eine der Folgen dieser um sich greifenden Gewalt und Zerstörung in bevölkerten Gebieten ist das widerwillige Eingeständnis vieler, dass die Bedrohung von Zivilisten im Krieg wohl unvermeidlich sei. Dieses Eingeständnis begründet jedoch eine Kultur des Krieges, die man sowohl in den Sicherheitsratsländern als auch in den untersuchten kriegsbetroffenen Regionen findet, und derzufolge Militäraktionen, die Zivilisten gefährden, „zum Krieg gehören“. Grundsätzlich halten

in jedem Land große Mehrheiten Angriffe gegen Zivilisten für nicht akzeptabel; in den meisten Ländern lehnen große Mehrheiten eine Reihe von Aktionen ab, bei denen Zivilisten gewollt oder ungewollt zu Schaden kommen. Nichtsdestotrotz gibt es in fast allen Ländern beträchtliche Minderheiten, die Angriffe auf Kombattanten in bewohnten Gebieten akzeptieren, auch wenn dabei Frauen und Kinder ums Leben kommen, oder Sanktionsmaßnahmen zur Schwächung des Feindes befürworten, welche die Bevölkerung der Nahrung, des Wassers und der medizinischen Versorgung berauben. Geiselnahmen, Belagerungen, der Einsatz von Antipersonenminen und unterschiedslose Bombardierungen - all dies findet Platz im Repertoire einer aufkommenden Kultur des Krieges des späten 20. Jahrhunderts, die schwere Gefährdungen der Nichtkombattanten zur Routine gemacht hat.

Das Auffälligste an den Antworten gewöhnlicher Bürger in diesen kriegsbeeinträchtigten Gebieten ist ihre Weigerung, solche Kriegspraktiken als normal hinzunehmen. Über die befragten Regionen hinweg herrscht ein nahezu universeller Glaube, dass die zunehmende Bedrohung der Zivilbevölkerung unrecht ist, dass es Dinge gibt, die in einem Krieg einfach nicht erlaubt sein sollten. Tatsächlich, je mehr diese Konflikte zu Kriegen gegen die Zivilisten degenerierten, umso mehr be-

riefen sich die Menschen auf jene Normen, Traditionen, Konventionen und Regeln, die eine Schranke zwischen Kombattanten und Zivilisten aufzurichten suchen. Die Nichtachtung von Normen und Konventionen durch Kombattanten und die Verwischung der Grenzlinie zwischen Kombattanten und Zivilisten, die sie selbst erlebt haben, hat den Glauben der Menschen an die Grenzen des Krieges nicht geschwächt. Genau das Gegenteil trifft zu. Ihre Erfahrung hat das Bewusstsein für das, was im Krieg recht und falsch ist, noch geschärft. Die Menschen in Kampfgebieten auf der ganzen Welt suchen nach Kräften in der zivilen Gesellschaft und in ihren eigenen staatlichen Institutionen oder, falls nicht dort, nach internationalen Strukturen, die in der Lage sind, sie zu verteidigen und verbindliche Grenzen zum Schutz der Zivilisten zu ziehen.

Diejenigen, die das Schlimmste an moderner Kriegführung durchlitten haben, sagen im Grunde „Lasst diese Formen des Krieges niemals zu“. Sie glauben an dasselbe Prinzip von den Grenzen des Krieges, das die Länder der Welt vor 50 Jahren in Genf zu formalisieren versuchten.

Die wichtigsten Erkenntnisse der Befragung in den kriegsbeeinträchtigten Regionen und in den vier Sicherheitsratsländern werden in den folgenden Punkten zusammengefasst.

2. ZUSAMMENFASSUNG DER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

A. Ergebnisse in den kriegs- betroffenen Ländern

Erfahrungen der Kombattanten

In den heutigen Kriegen mögen die Frontlinien weniger klar abgesteckt sein, für die Kombattanten ist der Krieg dennoch eine blutige, schreckliche, zermürbende und häufig demütigende Erfahrung.

- In sämtlichen untersuchten kriegsbetroffenen Regionen geben mehr als ein Viertel aller Soldaten und Kämpfer (29 Prozent) an, im Kampf Verletzungen erlitten zu haben. Bei den Kombattanten im Libanon (41 Prozent), in Somalia (45 Prozent), Afghanistan (46 Prozent) und bei den Bosniern in Bosnien-Herzegowina (43 Prozent) liegt diese Quote sogar noch höher.
- Insgesamt berichtet jeder sechste Kombattant (18 Prozent), dass er in Gefangenschaft geriet, und fast jeder fünfte, dass er gefoltert wurde. Die Quote der Gefangenen ist am höchsten bei den Palästinensern (40 Prozent), gefolgt von den Afghanen (35 Prozent), Libanesen (24 Prozent) und Somaliern (26 Prozent). Die entsprechenden Zahlen der nach eigenen Angaben Gefolterten liegen am höchsten bei den Afghanen (59 Prozent), den Palästinensern (54 Prozent) und den Libanesen (35 Prozent).

Für viele Kombattanten sind die schmerzlichsten Erfahrungen des Krieges nicht die Geschehnisse unmittelbar während des Kampfes, sondern das, was ihren Familien und Heimatdörfern widerfuhr.

- In den untersuchten kriegsbetroffenen Regionen geben 43 Prozent der Befragten an, dass ein Mitglied ihrer Familie getötet wurde; mehr als die Hälfte aller Kombattanten (57 Prozent) sagen aus, dass sie den Kontakt zu einem nahen Verwand-

ten verloren hätten, und 19 Prozent kannten jemanden in ihrem näheren Bekanntenkreis, der im Verlauf der Kämpfe vergewaltigt worden war.

- In einigen kriegsgeschädigten Ländern sind durch den Konflikt verursachte Todesfälle in der Familie die dominierende Kriegserfahrung der Kombattanten: etwa die Hälfte der Befragten in El Salvador (52 Prozent) und im Libanon (47 Prozent), 59 Prozent in Nigeria, 66 Prozent in Afghanistan und 77 Prozent in Somalia verloren ein Mitglied ihrer Familie. In Kambodscha hatten sogar 84 Prozent, also nahezu alle, den Tod eines Familienmitglieds zu beklagen.

Die Folgen für die Zivilbevölkerung

Die Konsequenz dieser kollektiven Erfahrungen sind unsägliches psychisches und physisches Leiden der Zivilbevölkerung in den Kriegsgebieten.



- In allen untersuchten kriegsbetroffenen Regionen beschrieben die Menschen den Konflikt vor allem als „entsetzlich“ (49 Prozent). Diese vorherrschende extreme Charakterisierung wurde am häufigsten von Abchasiern (61 Prozent), in Bosnien-Herzegowina (72 Prozent) und Somalia (61 Prozent) verwendet. Hinter dem Attribut „entsetzlich“ rangierten in der Beschreibung des Konflikts die Bezeichnungen „abscheulich“ (30 Prozent), „zerstörerisch“ (26 Prozent) und „erniedrigend“ (24 Prozent).

Die bei Zivilisten an den untersuchten Kriegsschauplätzen am weitesten verbreitete Erfahrung ist die radikale Zerstörung des Familienlebens.

- Mehr als 40 Prozent der Befragten geben an, den Kontakt zu einem nahen Verwandten verloren zu haben. In der Hälfte der Gebiete verloren mehr als 50 Prozent der Menschen die Verbindung zu ihrer Familie. Die höchsten Zahlen finden sich in Kambodscha und Somalia sowie bei den Abchasiern und den Palästinensern.
- In diesen Kriegen und bewaffneten Konflikten wurden Wohnhäuser schwer beschädigt (33 Prozent) oder geplündert (26 Prozent). Schwere Beschädigungen bei etwa der Hälfte der Wohnhäuser gab es in Bosnien-Herzegowina (45 Prozent) und Abchasien (49 Prozent); noch höher liegen die Zahlen für Somalia (58 Prozent), Kambodscha (59 Prozent) und Afghanistan (70 Prozent).
- Mehr als ein Drittel der Befragten wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen (34 Prozent). Unter den Muslimen im Libanon (50 Prozent) und den Serben in Bosnien-Herzegowina (54 Prozent) wurde etwa die Hälfte der Bevölkerung Opfer der massiven Vertreibungen. In Somalia wurden nahezu zwei Drittel vertrieben (63 Prozent) und in Afghanistan fast alle (83 Prozent).
- Der Tod traf jede vierte Familie. Insgesamt berichten 31 Prozent, dass jemand aus ihrer unmittelbaren Familie im Krieg starb. Fast ein Drittel der Familien im Libanon (30 Prozent), in El Salvador (33 Prozent), Nigeria (35 Prozent) und bei den Bosniern und Serben in Bosnien-Herzegowina (31 Prozent) haben Tote zu beklagen. In Afghanistan verloren über die Hälfte der Befragten ein nahes Familienmitglied (53 Prozent), in Somalia fast zwei Drittel (65 Prozent) und in Kambodscha überwältigende 79 Prozent.

Totales Engagement

In vielen der untersuchten kriegsbetroffenen Gebiete befindet sich die gesamte Gesellschaft im Krieg. Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten sind gänzlich in den Kampf verwickelt und manchmal vollständig dafür mobilisiert oder jedenfalls zutiefst davon betroffen. Das totale Engagement fällt bei dem Teil der Bevölkerung besonders ins Auge, der eine der Parteien in dem Konflikt unterstützt hat und in einem Kriegsgebiet gelebt hat.

- Bei den Israelis und Palästinensern, in Bosnien-Herzegowina, bei den Georgiern und Abchasiern unterstützten mehr als zwei Drittel der Befragten eine der Seiten in dem Konflikt. Von den befragten Abchasiern geben mehr als 80 Prozent an, in dem Gebiet zu leben, in dem der Konflikt ausgetragen wurde; in Bosnien-Herzegowina lebten 61 Prozent im Kriegsgebiet. In einigen Regionen gab es keine allgemeine Unterstützung für eine Konfliktpartei - so in Somalia (53 Prozent), Afghanistan (37 Prozent) und Libanon (39 Prozent) - dennoch war die Einbeziehung in den Konflikt substantiell, und die große Mehrheit lebte im Kriegsgebiet: 79 Prozent in Afghanistan, 63 Prozent in Somalia und 60 Prozent im Libanon. In Kambodscha unterstützten bloß 21 Prozent eine der Konfliktparteien, fast zwei Drittel (64 Prozent) jedoch lebten im Konfliktgebiet.

Die abgelehnten Konflikte

Bei vielen der heutigen Kriege und bewaffneten Konflikte ist nicht die gesamte Gesellschaft in das Geschehen involviert. Stattdessen versuchen die Menschen im Konfliktgebiet, sich aus der Schusslinie zu halten und keine Seite zu unterstützen. Jedoch wurden immer wieder Zivilisten, so fern sie dem Konflikt auch stehen mochten, rekrutiert, gedrängt und schließlich gezwungen, sich den Kombattanten anzuschließen, und zwar oft von allen beteiligten Seiten.

- Die Befragten in den Zielgruppendifkussionen berichteten übereinstimmend von Zwängen, für die Kombattanten Nahrungsmittel und anderes Material zu beschaffen. Viele wurden direkt zur Teilnahme am Kampf gezwungen.
- El Salvador ist das vielleicht dramatischste Beispiel eines abgelehnten Konflikts. Die Landbe-

völkerung vermied es weitgehend, sich einer Seite anzuschließen. Dennoch verlor in diesem Krieg ein Drittel der Bevölkerung ein Familienmitglied, und ein Fünftel wurde gezwungen, die Heimat zu verlassen.

Frauen im Krieg

In den Genfer Konventionen und ihren Zusatzprotokollen wurde der Schutz von Frauen und Kindern im Konflikt nicht vorrangig behandelt. Doch heute sind Frauen direkter vom Kriegsgeschehen betroffen, und oft stehen sie sogar als Kombattantinnen im Einsatz. Aus den Umfragen wird deutlich, wie der besondere Schutz von Frauen und Kindern sich auflöste.

- Auf die Frage, ob es „falsch“ sei oder „zum Krieg gehört“, Kampfgruppen in bevölkerten Gebieten anzugreifen, selbst wenn dies den Tod vieler Zivilisten zur Folge hätte, antworten 24 Prozent, dies gehöre zum Krieg. Auch wenn die Frage dahingehend umformuliert wird, dass „viele Frauen und Kinder getötet würden“, ist das Ergebnis praktisch identisch, nämlich 23 Prozent.

- Frauen werden fast ebenso häufig Opfer von Vertreibung, Auflösung der Familie und Zerstörung des Eigentums wie Männer. Zwar ist bei ihnen die Wahrscheinlichkeit geringer, verwundet oder gefangen genommen zu werden, die Wahrscheinlichkeit des Verlustes eines nahen Familienangehörigen liegt jedoch fast gleich hoch. Insgesamt verloren 40 Prozent der Frauen den Kontakt zu Angehörigen ihrer Familie, und 32 Prozent wurden zum Verlassen ihrer Heimatstätte gezwungen. 9 Prozent kannten jemanden, der vergewaltigt worden war, und ebenfalls 9 Prozent wurden gefoltert.
- Jeder zehnte Befragte an den verschiedenen Schauplätzen gibt an, dass jemand aus seinem näheren Bekanntenkreis vergewaltigt worden war. Über sonstige sexuelle Mißbräuche berichten ähnlich viele. In einigen dieser Konflikte wurde Vergewaltigung durchgängig als Bestandteil des Kampfes eingesetzt. In El Salvador sagen 13 Prozent der Befragten aus, dass jemand, den sie gut kannten, im Verlauf der bewaffneten Auseinandersetzungen vergewaltigt worden war, in Afghanistan liegt diese Zahl bei 16 Prozent und in Somalia bei 39 Prozent.



Kinder

Ein weiteres Merkmal heutiger Kriege besteht darin, dass nun auch Kinder - die verletzlichsten Glieder der Bevölkerung - mitten in den Konflikt gezogen werden. Trotz der allgemeinen Verurteilung der Idee von Kindersoldaten wurden Kinder vielfach als Kämpfer rekrutiert und in die Schlacht geschickt.

- In den Zielgruppendifkussionen und vertieften Einzelinterviews berichteten viele der Teilnehmer von Kindern, die gezwungen wurden, sich Kombattanten anzuschließen - oder getötet wurden, wenn sie sich weigerten.
- In der Frage, ab welchem Alter man erwachsen genug sei, um Kombattant zu werden, halten lediglich 1 Prozent der Befragten die Berufung von Kindern unter 15 Jahren zum Waffendienst für hinnehmbar. Nur 7 Prozent akzeptieren Kinder unter 18 Jahren als Kombattanten. Die überwältigende Mehrheit in allen Ländern der Befragung glaubt, dass Menschen für den Dienst an der Waffe älter als 18 Jahre sein sollten. Lediglich in Somalia hält eine bedeutsame Minderheit den Einsatz junger Kombattanten für gerechtfertigt (31 Prozent finden Kombattanten unter 18 Jahren akzeptabel), aber selbst dort akzeptieren nur wenige die Heranziehung von Kindersoldaten unter 15 Jahren (8 Prozent).

Das globale Wertesystem

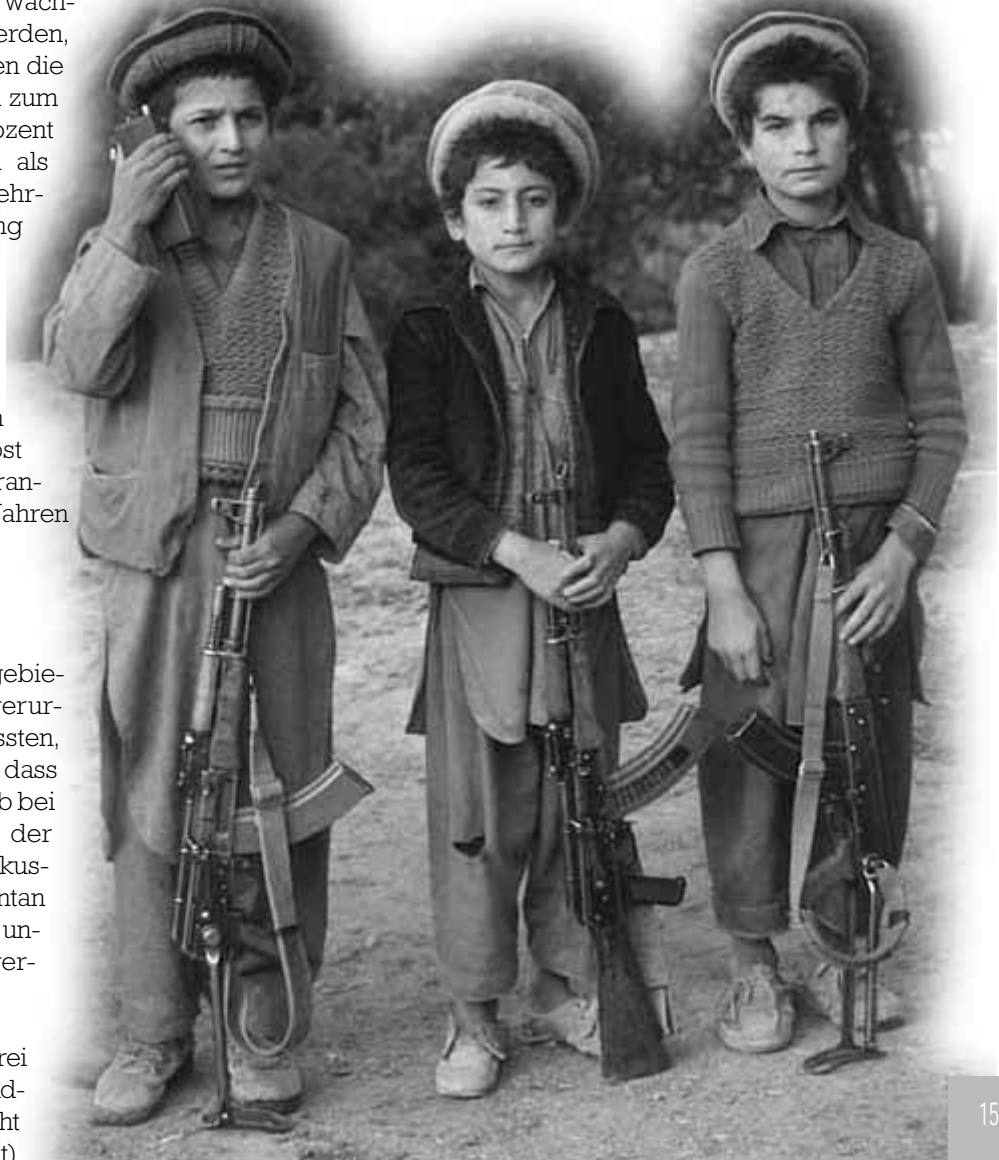
Auch wenn die Menschen in den Kriegsgebieten der Welt das in heutigen Konflikten verursachte entsetzliche Leiden ertragen mussten, sind sie doch der festen Überzeugung, dass es Grenzen für den Krieg geben muss. Ob bei der Beantwortung von offenen Fragen der Umfrage oder bei den Zielgruppendifkussionen, stets äußerten die Befragten spontan die Ansicht, dass Angriffe auf Zivilisten unzulässig seien. Dies ist eine nahezu universelle Position.

- In allen Umfragen nennen mehr als drei Viertel der Befragten (76 Prozent) Handlungen, die Kombattanten im Krieg nicht ausführen dürften. Ein Fünftel (20 Prozent)

erklärt, nicht zu wissen, ob es Dinge gibt, die Kombattanten verboten sind; nur 4 Prozent sind der Meinung, alles sei erlaubt.

- 66 Prozent meinen, bestimmte Dinge sollten deswegen nicht erlaubt sein, weil sie „falsch“ seien. Nur 29 Prozent möchten die Handlungsfreiheit im Krieg aufgrund der praktischen Nachteile und Probleme beschränken, die Gewalt verursacht. Die auf den normativen Wert abhebende Antwort wird am häufigsten in Regionen gegeben, in denen die Konflikte in totaler Form aufgetreten sind: mehr als 60 Prozent bei den Palästinensern sowie in Somalia und Nigeria, über 70 Prozent bei den Israelis und in Af-

© IKRK / Didier Bregnard



ghanistan, Bosnien-Herzegowina, Georgien und im Libanon sowie mehr als 80 Prozent in Kambodscha und unter den Abchasiern vertreten diese Ansicht.

Definition der Grenzen

Für die große Mehrzahl der Befragten in den untersuchten Ländern ist der Grundsatz des Nichtangreifens von Zivilisten ein absolutes Prinzip. Herausragende 64 Prozent verlangen, dass Kombattanten Angriffe zur Schwächung des Feindes nur gegen Kombattanten führen dürfen und *Zivili-*

schränken und Zivilisten *so weit wie möglich* verschonen sollten. In den meisten Gebieten der intensiven Konflikte bejahen ein Viertel bis ein Drittel der Menschen diese einschränkende Haltung. Bei den Israelis und Palästinensern ist dies die vorherrschende Position. In den untersuchten Konfliktgebieten insgesamt befürworten 34 Prozent der Waffen tragenden Kombattanten die Forderung, die Zivilisten so weit wie möglich - jedoch nicht absolut - zu schonen. Dem stimmen 28 Prozent der Nichtkombattanten zu.

Die Grundlage der Wertnormen

Für die große Mehrheit der Menschen in diesen Ländern steht fest, dass dem Krieg Grenzen gesetzt sein müssen. Dies ist ein uneingeschränktes Prinzip, das in Wertnormen unterschiedlichen Ursprungs wurzelt. Internationales Recht und Konventionen werden hierbei oft genannt, meistens beziehen die Menschen ihre Werte jedoch aus dem Begriff der Menschenwürde oder leiten sie aus der Religion, Traditionen oder einem persönlichen Moralkodex ab.

- Die Mehrzahl der Befragten in allen untersuchten Gebieten erklärt, die Menschenwürde sei der zentrale Punkt in ihrer Überzeugung, dass bestimmte Handlungen falsch seien. Teilnehmer an Zielgruppendifkussionen und vertieften Einzelinterviews betonten häufig die Notwendigkeit, „Menschlichkeit“ in Umgebungen zu bewahren, in denen staatliche Strukturen und das Gesetz zusammenbrechen und barbarische Verhaltensweisen zur Gewohnheit werden.
- Ein sehr starker Block von Befragten - 37 Prozent - findet bestimmte Handlungen falsch, weil sie im Widerspruch zu ihren religiösen Überzeugungen stehen. Dies trifft insbesondere in Gebieten zu, in denen der Islam vorherrschend ist: Afghanistan (78 Prozent), bei den Muslims im Libanon (71 Prozent) und bei den Palästinensern (80 Prozent).
- Viele Menschen an diesen Schauplätzen beziehen sich auf einen „persönlichen Moralkodex“, der von 31 Prozent der Befragten angeführt wird. Dies gilt besonders bei den Israelis (73 Prozent), weißen Südafrikaner (50 Prozent) und Somaliern (53 Prozent).



© IKRK/Paul Grabhorn

sten verschonen müssen. In fast allen Regionen, mit Ausnahme der Philippinen sowie bei den Israelis und Palästinensern, überwiegt dieses absolute Prinzip andere, einschränkendere Aussagen in einem annähernden Zwei-zu-Eins-Verhältnis.

- Sehr wenige Menschen in kriegsbetroffenen Regionen - nur 3 Prozent - akzeptieren den Begriff des totalen Kampfes, in dem die Kombattanten zur Schwächung des Feindes unterschiedslos sowohl Kombattanten als auch Zivilisten angreifen dürfen. Diese Zahl steigt bei den Israelis, Somaliern und Nigerianern auf etwa 7 Prozent und bei den Palästinensern auf 15 Prozent.
- Fast ein Drittel der Befragten sagt, dass die Kombattanten sich auf Angriffe auf Kombattanten be-

- In einigen Regionen, in denen ein etablierter oder legitimierter Staat existiert, ziehen die Menschen das Gesetz als Grundlage für die Verurteilung bestimmter Handlungsweisen heran. Besonders deutlich wird dies im Fall der Philippinen, wo 58 Prozent bestimmte Handlungen für falsch erklären, da sie gegen das Gesetz verstießen. Gleichermäßen gilt dies in Kambodscha (56 Prozent) und bei den schwarzen Südafrikanern, von denen 51 Prozent bestimmte Handlungen deswegen für falsch erklären, weil sie gegen Rechtsbestimmungen verstießen.

Die Genfer Konventionen

Die Genfer Konventionen enthalten universelle Prinzipien betreffend die Kriegführung, die in der Welt auf breite Zustimmung stoßen. In vielen Konfliktsituationen werden die Konventionen jedoch höchst ungleichmäßig beachtet, und die spezifischen Kenntnisse über ihre Funktion sind unzureichend.

- 39 Prozent der Menschen in den untersuchten Konfliktgebieten geben an, von den Genfer Konventionen bereits gehört zu haben. Jedoch sind nur 60 Prozent derjenigen, die angeben, davon gehört zu haben, in der Lage, sie genau zu erläutern. Dies bedeutet, dass insgesamt nur ein Viertel der Befragten in allen Gebieten genaue Kenntnisse über die Konventionen besitzt.
- Bei Konflikten, die in stärkerem Maß internationalisiert sind, sind die Kenntnisse größer: 80 Prozent in Bosnien-Herzegowina, 89 Prozent bei den Israelis und 65 Prozent bei den Palästinensern.
- In vielen Regionen, so in El Salvador und Kolumbien, hat nur ca. ein Drittel der Befragten bereits von den Genfer Konventionen gehört. Anderenorts - in Kambodscha, Afghanistan und Nigeria - kennt sie nur etwa jeder Fünfte. Unter 20 Prozent liegt der Bekanntheitsgrad in Georgien, Südafrika und auf den Philippinen.

○ Das Wissen um die Genfer Konventionen hat Auswirkungen. Bei Menschen, welche die Konventionen nicht kennen, ist die Wahrscheinlichkeit höher, einem verwundeten oder sich ergebenden feindlichen

Kombattanten, der den Tod einer nahestehenden Person auf dem Gewissen hat, *nicht* zu helfen bzw. ihn *nicht* zu retten: 38 Prozent würden ihn nicht retten bzw. ihm nicht helfen, gegenüber 31 Prozent bei denjenigen, welche die Konventionen kennen. Personen, denen die Genfer Konventionen wenig bekannt sind, verweigern mit größerer Wahrscheinlichkeit Kriegsgefangenen die Mindestrechte.

- Nach Anhören einer Beschreibung der Genfer Konventionen zeigt sich eine beachtliche Mehrheit in den untersuchten kriegsbetroffenen Regionen überzeugt, dass die Genfer Konventionen positive Wirkungen für die Zivilisten mit sich brächten: 56 Prozent aller Befragten sind der Meinung, sie „verhinderten, dass Kriege sich verschlimmern“, während 28 Prozent finden, dass sie „keinen wirklichen Unterschied ausmachen“.

Die moderne Kultur des Krieges

Trotz eines halben Jahrhunderts gewaltsamer Umwälzungen, bei denen der Schutz der Zivilisten völlig auf der Strecke blieb, und trotz der Tatsache, dass nur eine Minorität von den Genfer

© IKRK / Thierry Gassmann



Konventionen gehört hat, akzeptiert die große Mehrheit der Bevölkerung in den untersuchten Gebieten das allgemeine Prinzip der Beschränkungen im Krieg.

- Zwei Drittel lehnen die Praxis von Kombattanten ab, Druck auf den Feind auszuüben, indem sie der Zivilbevölkerung Nahrungsmittel, Trinkwasser und Medikamente verweigern oder

- Wo materielle Unterstützung für Kombattanten „freiwillig“ geleistet wird, meinen 22 Prozent in sämtlichen untersuchten Gebieten, dass Zivilisten, die eine solche Unterstützung bieten, ihren Status verwirkt haben und zu Beteiligten des Konflikts geworden sind. Es ist die Entscheidung der Zivilisten, ihren Verteidigern oder Kombattanten zu helfen, die sie nunmehr für Attacken freigibt. Leisten sie solche Unterstützung allerdings „gezwungener-



© ICRC / Philippe Dutoit

sich gegenseitig in bewohnten Dörfern oder Städten bekämpfen, wo viele Zivilisten sterben würden. Drei Viertel lehnen Angriffe auf Zivilisten ab, die feindliche Kombattanten freiwillig mit Nahrung und Unterkunft versorgen.

Allerdings nimmt eine beachtliche Minderheit in diesen umkämpften Regionen - etwa ein Viertel der befragten Personen - Vorgehensweisen hin, die Zivilisten in Lebensgefahr bringen.

maßen“, würde ihnen ihr Zivilistenstatus nur von 12 Prozent der Befragten abgesprochen.

In dem Maß, in dem Zivilisten bei der Unterstützung ihrer Kombattanten eine aktivere Rolle spielen, beginnen die Schutzbarrieren um sie herum zu bröckeln.

- Wenn Zivilisten freiwillig den Transport von Munition für die Truppen übernehmen, meinen 36

Prozent der Befragten, dass sie dadurch gleichermaßen zum Angriffsziel werden können wie die Kombattanten selbst. Werden Zivilisten zum Munitionstransport gezwungen, würden immerhin noch 20 Prozent sie angreifen. Demgegenüber würden 57 Prozent der Menschen in allen untersuchten Regionen Angriffe auf Zivilisten nicht billigen, selbst wenn diese freiwillig Munitionstransporte für die Kombattanten durchführten.

- Der einzige Punkt, in dem sich die Menschen überall bezüglich der Grenzen des Krieges völlig einig sind, ist die Zerstörung religiöser, kultureller und historischer Stätten zum Ziel der Schwächung des Feindes. Mehr als 80 Prozent der Menschen, die Konflikt durchleben mussten, lehnen ab, dass die Kombattanten solche Stätten als Ziele nehmen. In den Zielgruppendifkussionen und vertieften Einzelinterviews bestätigten Teilnehmer, dass solche Gebäude getroffen wurden, keiner vertrat dieses Vorgehen jedoch als bewusste Strategie zur Demoralisierung oder zur „ethnischen Säuberung“.

Landminen und sonstige Waffen

Menschen, die blutige Konflikte durchlitten haben, sprechen sich strikt gegen den Einsatz von Landminen aus. Insgesamt lehnen 73 Prozent die Verwendung von Landminen ab, wenn Zivilisten zufällig darauf treten könnten.

- In Gebieten mit beschränkteren Konflikten ist die Ablehnung fast einhellig - 91 Prozent in Kolumbien, 94 Prozent in El Salvador sowie 86 Prozent auf den Philippinen und in Südafrika. In drei Konfliktregionen, nämlich Georgien und Abchasien, Bosnien-Herzegowina sowie bei den Israelis und Palästinensern wird der Einsatz von Landminen als hauptsächlich defensive Maßnahme eingestuft.
- Bei der Frage nach Massenvernichtungswaffen lehnen die Menschen insbesondere Atomwaffen (39 Prozent) sowie chemische und biologische Waffen (33 Prozent) ab. Ansonsten tendieren sie dazu, sich auf die Waffen zu konzentrieren, die in ihrem spezifischen Kontext hauptsächlich verwendet wurden.
- Nur vier Prozent der Befragten würden alle Waffen generell verbannen. Die totale Ablehnung

ist in den Ländern höher, in denen der durch diese Waffen angerichtete Schaden besonders verheerend war: Kambodscha und Afghanistan (20 bzw. 19 Prozent).

Erklärungsmuster für den Zusammenbruch von Normen und Konventionen

Große Mehrheiten sind der Überzeugung, dass der Krieg Grenzen hat, und dass die Überschreitung dieser Grenzen falsch ist. Trotz dieser Überzeugungen wurden die Grenzen geradezu routinemäßig ignoriert.

- Auf die Frage, warum Kombattanten ihrer Meinung nach Zivilisten trotz Verbots Schaden zufügen, nennen die Befragten hauptsächlich die Entschlossenheit beider Seiten, um jeden Preis zu siegen (30 Prozent), das starke Engagement für ihre Sache (2 Prozent), der gegenseitige Hass der Parteien aufeinander (26 Prozent) sowie die Missachtung von Rechtsbestimmungen und Regeln (27 Prozent). Diese Haltungen werden durch den Eindruck verstärkt, dass die andere Seite das Gleiche tut, was eine entsprechende Erwidierung erforderlich macht (14 Prozent).
- Einige der Befragten glauben, dass die meisten Menschen Befehle ihrer Führer ausführen, die weitreichendere Pläne verfolgen (24 Prozent). Diese Interpretation überwiegt in El Salvador, wo 59 Prozent meinen, dass die Kombattanten die Grenzen auf ausdrücklichen Befehl hin missachten. Auch unter weißen Südafrikanern ist dieses Erklärungsmuster stark verbreitet.
- Manche Befragten sind der Auffassung, die Menschen in einem Konfliktumfeld seien völlig außer Kontrolle geraten: Soldaten und Kämpfer hätten sämtliche Empfindungen verloren (18 Prozent) und stünden unter dem Einfluss von Drogen oder Alkohol (15 Prozent). Die befragten Georgier und Abchasier halten dies für die signifikanten Faktoren bei den Übergriffen gegen Zivilisten in dem Konflikt, obwohl im letzteren Fall vornehmlich Hass als Ursache genannt wird.

Aus den Umfrageergebnisse in Kombination mit den vertieften Diskussionen lassen sich einige Interpretationen zur Erklärung der Kluft zwischen Prinzipien und Praxis ableiten, die weiterhin so viele Zivilisten bedroht.

TABELLE 01

Warum Kombattanten Zivilisten angreifen (Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)

	Insgesamt	Kolumbien	El Salvador	Philippinen	Georgier	Abchasier	Afghanistan	Kambodscha	B-H	Libanon	Israelis	Palästinenser	Somalia	Südafrika	Nigeria
Um jeden Preis siegen wollen	30%		28%	35%	15%	19%	28%	41%	13%	29%	22%	30%	38%	33%	51%
Sich nicht um Regeln kümmern	27%		20%	39%	22%	12%	48%	41%	15%	26%	4%	16%	34%	25%	32%
Hass auf die andere Seite	26%		20%	32%	21%	32%	14%	17%	28%	33%	25%	41%	36%	31%	15%
Befehle, dies zu tun	24%		59%	13%	29%	11%	20%	25%	20%	28%	14%	26%	11%	30%	14%
Verlust jeglicher Empfindungen	18%		14%	13%	22%	27%	12%	13%	25%	26%	28%	19%	9%	21%	16%
Alkohol/Drogen	15%		20%	17%	30%	35%	8%	6%	19%	18%	0%	0%	9%	11%	28%
Unkenntnis der Regeln	14%		9%	19%	19%	9%	25%	25%	9%	10%	3%	7%	17%	12%	12%
Die andere Seite tut dasselbe	14%		6%	9%	21%	19%	7%	2%	31%	14%	22%	24%	14%	11%	8%
Zu jung sein	9%		9%	5%	13%	15%	13%	21%	7%	5%	10%	2%	13%	5%	4%
Angst haben	8%		9%	7%	8%	5%	5%	3%	15%	6%	12%	11%	3%	11%	6%
Starkes Engagement für die Sache	2%		-	-	-	-	-	-	-	-	33%	14%	-	-	-
Machtmissbrauch	0%		-	2%	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Frage: Welche zwei der folgenden Gründe erklären am besten, warum Kombattanten Zivilisten angreifen oder verletzen, obwohl viele Leute sagen, das sei nicht in Ordnung oder vielleicht gegen das Gesetz?

Zahlen für Kolumbien liegen nicht vor, da die Formulierung des Fragebogens nicht vollständig standardisiert war, bevor die Resultate des in Kolumbien getesteten Pilot-Fragebogens erhalten und analysiert worden waren.

Die Kultur des Krieges. Für beachtliche Minderheiten in den untersuchten kriegsbetroffenen Gesellschaften - etwa jeder vierte Befragte - „gehören“ Übertretungen der Grenzen „zum Krieg“. Tatsächlich halten viele Menschen Kriege oder bewaffnete Auseinandersetzungen in dicht bevölkerten Gebieten für nichts Ungewöhnliches. Sie meinen, Angriffe gegen Zivilisten und deren Vertreibung und Demoralisierung gehörten eben zu den Methoden, mit denen heute Krieg geführt werde.

Ausbreitung des Konflikts auf die gesamte Gesellschaft. Bei Konflikten, in denen die ganze Gesellschaft involviert zu sein scheint, wird die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten äußerst schwierig. Zuweilen ist praktisch jeder direkt in die militärischen Anstrengungen einbezogen. Häufig findet dieses Engagement jedoch nur in Form moralischer Unterstützung oder der Beschaffung von Nahrung und Unterkunft statt. Jeder hat seinen Anteil zur Verteidigung seiner eigenen Gemeinschaft oder zur Vertreibung einer anderen beizutragen. In jedem Fall sind Zivilisten und Soldaten begrifflich nicht mehr voneinander abgrenzbar, wenn alle Ebenen der Gesellschaft in den Konflikt einbezogen sind.

Konfliktparteien und Hass. Je mehr diese Konflikte die Bevölkerung involvieren und mobilisieren, und je stärker sich die Öffentlichkeit einer Seite und ihren Zielen verschreibt, desto größer wird der Hass auf den Feind und die Bereitschaft, welche auch immer im Krieg bestehenden Grenzen zu überschreiten. Diejenigen, die sich mit einer Seite identifizieren, neigen sehr viel stärker dazu, Angriffe auf Zivilisten zu akzeptieren, als Personen, die eher auf Distanz zu dem Konflikt bleiben. 29 Prozent der Anhänger einer Konfliktpartei halten Angriffe auf Zivilisten für akzeptabel, die freiwillig materielle Unterstützung für Kombattanten leisten (gegenüber 17 Prozent derjenigen, die sich zu keiner Seite bekennen).

Gegenseitigkeit und Rache. Für viele in den untersuchten kriegsbetroffenen Ländern sind die Barrieren zum Schutz der Zivilisten deswegen gefallen, weil die gegnerische Seite in dem Konflikt sie ignoriert hat. Offensichtlich gibt es bei Übergriffen gegen Zivilisten ein Bedürfnis nach Gegenseitigkeit - vielleicht sogar Rache -, das sämtliche Schutzmaßnahmen bedroht, die ursprünglich einem totalen Krieg entgegenstanden.

Zirkularität. In gewalttätigen Kampfhandlungen selbst eine Verletzung zu erleiden, steigert den Hass und die Bereitschaft, die dem Krieg gesetzte Grenzen zu mißachten. Verletzt oder vertrieben zu werden hat nicht notwendigerweise eine erzieherische Wirkung hinsichtlich der Kosten des Krieges, vermehrt nicht das Mitgefühl mit anderen und trägt nicht dazu bei, die Notwendigkeit des Schutzes der Zivilisten anzuerkennen. Stattdessen verstärken bittere Kriegserfahrungen geradezu die Bedrohung der Barrieren, die Zivilisten schützen sollen.

Ungleiche Kräfteverteilung. In den Konflikten neigen gewisse Gruppen dazu, sich selbst als schwächer im Vergleich zu den besser bewaffneten und organisierten Gegnern einzuschätzen oder als Verteidigungsstreitkräfte ihrer Gemeinschaft gegen einen stärkeren Aggressor zu betrachten. In beiden Fällen halten es die schwachen Verteidiger für gerechtfertigt, die Grenzen des Krieges zu mißachten, um alles Notwendige zur Rettung und zum Schutz ihrer Gemeinschaft zu unternehmen.

Befehle und Pläne. Viele Menschen sind der Ansicht, dass die Grenzen überschritten werden, weil einfachen Befehlsempfängern - häufig gegen deren eigene Überzeugungen und gegen vorherrschende Wertmaßstäbe - befohlen wird, Zivilisten zu vertreiben, zu terrorisieren und sogar anzugreifen. Politische und militärische Führer, so wird angenommen, haben entschieden, den Kampf so zu führen, dass Zivilisten gefährdet werden. Gleichzeitig besteht aber die Bereitschaft zu glauben, dass diese Führer Pläne oder gute Gründe für ihre Handlungsweisen besitzen. Zumindest sind sie bereit, ihren Befehlen zu folgen, da ihnen als einfachen Leuten kaum eine andere Wahl bleibt.

Verlust aller Empfindungen. Der Zusammenbruch der traditionellen Kontrollmechanismen und der Gesetze schafft ein Umfeld, in dem sich pathologische Verhaltensweisen ungehindert ausleben können. Eine große Anzahl der Befragten ist der Meinung, dass dies ein wichtiger Grund sei, warum alle Grenzen fallen: 33 Prozent sagen, die Grenzen hielten nicht, weil die Kombattanten bar jeglicher Empfindungen seien und unter dem Einfluss von Drogen oder Alkohol stünden.



Wichtigste Schutzfunktion

Zivilisten stehen heutzutage im Brennpunkt der bewaffneten Konflikte, was die Notwendigkeit ihres Schutzes erheblich erhöht. Zwar akzeptieren inzwischen beachtliche Minderheiten die Bedrohung der Zivilisten als „zum Krieg gehörig“, doch fordern die Betroffenen dringend Schutz.

- Laut den Befragten in den untersuchten Ländern waren die Organisationen, die beim Schutz vor Übergriffen gegen Zivilisten und bei der Gewährung von Hilfe die wichtigste Rolle spielten, das IKRK, das Rote Kreuz oder der Rote Halbmond (42 Prozent), gefolgt von den UN (32 Prozent), internationalen humanitären Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen (25 Prozent) und religiösen Führern (18 Prozent).
- Die UN und internationale humanitäre Organisationen spielen generell eine wichtige Rolle bei der Hilfe für Zivilisten in Konflikten, die Vertriebene und Flüchtlinge in großer Zahl hervorbringen. Den UN wird die wichtigste Rolle in Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Kambodscha und bei den Palästinensern zugeschrieben.
- Religiöse Führer haben gemäß den Aussagen die wichtigste Funktion in Bezug auf Schutz und Hilfe in Somalia, bei den Palästinensern und in Südafrika innegehabt. Nur wenige der vom Konflikt betroffenen Menschen sagen aus, dass sie während des Konfliktes Schutz durch die

Medien oder Journalisten erhalten hätten (7 Prozent), mit Ausnahme der Philippinen, Georgier, Israelis und Palästinenser (18, 11, 11 und 16 Prozent). Regierungsvertretern wird in diesem Zusammenhang keine wesentliche Rolle zugeschrieben - sie werden nur von 18 Prozent der Befragten genannt. Ausnahmen finden sich auf den Philippinen, unter den Georgiern und Abchasiern, in Kambodscha und Südafrika. Etwa 13 Prozent der Befragten geben an, Schutz durch die Kombattanten erhalten zu haben.

Gefangene in bewaffneten Konflikten

In Konflikten, in denen die Zivilisten größten Gefahren ausgesetzt waren, wurden auch die Gefangenen weitverbreitet Opfer von Misshandlungen. Die abwesende oder bekämpfte Staatsgewalt, häufig desorganisierte, mit kriminellen Elementen durchsetzte Militärkräfte und die vom Krieg aufgeworfenen extremen Gefühlslagen beschwören hohe Risiken für die Gefangenen hinauf.

- Ungefähr acht Prozent der befragten Bevölkerung in den untersuchten kriegsbetroffenen Regionen insgesamt waren während des Krieges oder bewaffneten Konflikts in Gefangenschaft. In bestimmten Gegenden lag der Anteil der Gefangenen noch erheblich höher: 19 Prozent unter den Abchasiern, 20 Prozent in Somalia, 22 Prozent in Afghanistan und 25 Prozent bei den Palästinensern.

- 19 Prozent der Bevölkerung befanden sich in Gebieten unter Kontrolle des Feindes, waren somit der Gefahr von Übergriffen ausgesetzt und daher potenziell schutzbedürftig. Große Bevölkerungsteile an vielen Schauplätzen berichten, dass sie unter gegnerische Kontrolle gerieten - jeder Fünfte in El Salvador (22 Prozent) und Libanon (22 Prozent), jeder Dritte in Somalia (31 Prozent) und unter den Abchasiern (32 Prozent), fast vier Zehntel in Afghanistan (38 Prozent), knapp die Hälfte in Kambodscha (44 Prozent) sowie zwei Drittel bei den Palästinensern (64 Prozent).
- Beinahe jeder, der in den unterschiedlichen Konflikten weltweit in Gefangenschaft geriet, - nämlich vier Fünftel - sagt aus, er sei „misshandelt“ worden. Während die Art der Misshandlung aus der Studie nicht hervorgeht, gibt fast genau die Hälfte der Betroffenen (48 Prozent) an, es seien ihnen während der Gefangenschaft Körperverletzungen zugefügt worden. Nur 27 Prozent der Gefangenen berichten, dass sie Kontakt zu einem Vertreter einer unabhängigen Organisation hatten. Gefangenenbesuche in Gewahrsamsorten wurden fast ausschließlich durch das IKRK durchgeführt - es wird von 80 Prozent der Personen genannt, die mit dem Vertreter einer unabhängigen Institution in Kontakt waren.
- 69 Prozent würden Gefangenen gestatten, Kontakt zu Angehörigen aufzunehmen. Eine nicht sehr beeindruckende Mehrheit von 62 Prozent sagt, dass Gefangene nicht gefoltert werden dürfen, auch nicht zur Erlangung wichtiger Informationen.
- An allen Schauplätzen anerkennen 74 Prozent die Verpflichtung, Gefangenenbesuche durch unabhängige Vertreter zu ermöglichen. Auf die Frage, wem Besuche beim gefangenen Feind gestattet werden sollten, nennen fast drei Viertel der Befragten (72 Prozent) Vertreter des IKRK. Danach folgen Vertreter von Menschenrechtsorganisationen (51 Prozent), UN-Vertreter (32 Prozent), religiöse Führer (25 Prozent) und Journalisten (21 Prozent).
- Volle 33 Prozent würden nach eigener Aussage einen sich ergebenden feindlichen Kombattanten, der eine ihnen nahestehende Person getötet hat, nicht „retten“; noch mehr, nämlich 38 Prozent, würden sich weigern, einem verwundenen Kombattanten, der eine ihnen nahestehende Person getötet hat, zu „helfen“. Die Weigerung, solchen feindlichen Kombattanten zu helfen oder sie zu retten, lag am höchsten in einigen Gebieten mit den intensivsten Konflikten, beispielsweise in Georgien und Abchasien sowie in Nigeria, wo eine Mehrzahl der Befragten sie sterben lassen würde. Auch in Südafrika gibt eine Mehrheit an, in solchen Fällen nicht helfen oder retten zu wollen.

Große Mehrheiten in den untersuchten Regionen unterstützen die Verpflichtung zur korrekten Behandlung von gefangenen Kombattanten. Beachtliche Minderheiten würden jedoch Misshandlungen erlauben.

© IKRK/Boris Heger





Kriegsverbrechen

Der weit überwiegende Anteil der Bevölkerung in den vom IKRK untersuchten Ländern glaubt, es gebe so schwere Kriegsverbrechen, dass die Täter unter Anklage gestellt und bestraft werden müssen. In welcher Form die Bürger Gerechtigkeit erwarten - auf welcher Grundlage die Bestrafung erfolgen sollte und wer die Richter sein sollten - ist von Schauplatz zu Schauplatz höchst unterschiedlich.

- 59 Prozent der Befragten stimmen der These zu, im Krieg gebe es Regeln, die so wichtig seien, dass Personen bestraft werden sollten, die sie missachten. Nur 18 Prozent lehnen dies ab. Die Menschen in Kolumbien, Israel, Georgien und Abchasien, Bosnien-Herzegowina sowie Somalia - alles Länder und Regionen mit noch andauernden Kriegen oder besonders prägenden Erinnerungen an erst kürzlich zu Ende gegangene Kriege - unterstützen die Bestrafung eher als Menschen in anderen Ländern.
- Auf die Bitte, die Grundlage dieser Regeln zu identifizieren, antwortet fast die Mehrheit der Befragten (47 Prozent), sie gründeten sich auf

internationales Recht, 23 Prozent nennen die Gesetze ihres Landes, 13 Prozent die Wertmaßstäbe der Menschen und 9 Prozent religiöse Grundsätze. Vornehmlich bei muslimischen Völkern - Afghanen, Palästinensern und Somaliern - liegt die Wahrscheinlichkeit etwa doppelt so hoch, dass religiöse Prinzipien als Quelle dieser Regeln genannt werden.

- Insgesamt sagen drei Viertel der Befragten (76 Prozent), dass diejenigen, die bestimmte Kriegsregeln verletzt haben, vor Gericht gehören. 16 Prozent plädieren dagegen für einen Schlussstrich statt für Verurteilung und Strafe. Sie glauben, dass den Tätern solcher Verbrechen eine Amnestie gewährt oder ihre Verbrechen auf andere Weise nachgesehen werden sollten.
- Die Befragten sind gespalten darüber, wer die Verantwortlichkeit für die Bestrafung von Kriegsverbrechen innehaben sollte. Eine Mehrheit (55 Prozent) glaubt, dass solche Angelegenheiten durch ihre eigenen Regierungen, Gerichte, Militärs oder Politiker geregelt werden sollten. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) ist jedoch der Auffassung, dass ein internationaler Strafgerichtshof diese Fälle übernehmen sollte.

Die internationale Gemeinschaft

Da die Dämme, die Zivilisten vor Kriegsfolgen schützen sollen, auf der ganzen Welt bröckeln, ist die Abstützung dieser Dämme eine zentrale Aufgabe für die internationale Gemeinschaft. Unter den Befragten spiegeln die Meinungen über den Einfluss der internationalen Gemeinschaft - und damit auch die Definition des Begriffs „internationale Gemeinschaft“ - direkt die Erfahrungen wider, die sie mit ihren Vertretern gesammelt haben.

- Insgesamt glaubt die Mehrheit der Befragten (51 Prozent) in Regionen mit Präsenz internationaler Friedenstruppen, dass diese Truppen einen positiven Einfluss ausgeübt haben; nur 14 Prozent sagen, dass sie die Situation verschlimmert hätten. Doch etwas mehr als ein Viertel (27 Prozent) meinen, dass ihre Anwesenheit keinen Unterschied ausgemacht habe.
- Zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) glauben, dass mehr Interventionen durch die internationale Gemeinschaft im Interesse der Zivilisten nötig seien, deren Dörfer angegriffen oder von Nahrung, Wasser oder medizinischer Versorgung abgeschnitten werden. 17 Prozent fordern, es sollte weniger Interventionen geben, während 10 Prozent jegliche Intervention ablehnen. In Ländern, in denen die nationale Regierung nicht fest verankert ist oder die Regierungsbehörden nicht das Vertrauen

der Bevölkerung genießen, ist die Unterstützung für mehr Interventionen überdurchschnittlich höher.

Das Emblem des Roten Kreuzes oder Roten Halbmondes

Das Emblem des Roten Kreuzes oder Roten Halbmondes ist Menschen in kriegsbeeinträchtigten Ländern weltweit vertraut.

- 84 Prozent der Befragten können das Rote Kreuz oder den Roten Halbmond auf weißem Grund richtig identifizieren. Die breite Mehrheit der Befragten assoziiert mit diesem Emblem Schutz für die Verletzlichen, Verwundeten und Kranken. Jeder Vierte (24 Prozent) sagt, das Emblem schütze alle, die Hilfe benötigten, einschließlich der Zivilisten und „Schutzlosen“. 22 Prozent der Befragten erklären, das Emblem diene dem Schutz von Verwundeten und Kranken, 11 Prozent glauben, es diene dem Schutz des medizinischen Personals, wobei weitere 7 Prozent explizit Mitarbeiter des Roten Kreuzes oder Roten

Halbmondes und 4 Prozent Krankenhäuser, Kliniken und Transportfahrzeuge aufzählen. 7 Prozent nennen Kriegsgefangene und 5 Prozent Flüchtlinge.

- Auf die Frage, an wen sie sich um Hilfe wenden würden, wenn Zivilisten angegriffen oder von Nahrung, Wasser oder medizinischer Versorgung abgeschnitten würden, nennen 43 Prozent das IKRK / Rotes Kreuz oder Roter Halbmond - fast dreimal so häufig wie die nächstgewählte Organisation. 15 Prozent würden sich an nationale oder lokale Regierungsstellen wenden, während 10 Prozent UN-Sonderorganisationen, 9 Prozent internationale humanitäre Organisationen und 8 Prozent religiöse Führer und Institutionen angeben.

B. Ergebnisse in den ständigen Mitgliedsländern des Sicherheitsrates: Frankreich, Russische Föderation, Großbritannien und USA

Im Rahmen des Projekts „Zeugen des Krieges“ führte das IKRK Umfragen in vier der fünf ständigen Mitgliedsländern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen durch: in Frankreich, in der Russischen Föderation, in Großbritannien und in den USA. Diese Umfragen sollten die Erkenntnisse ergänzen, die aus der IKRK-Befragung von Menschen in kriegsbetroffenen Ländern auf der ganzen Welt gewonnen wurden, und zeigen, ob es Gemeinsamkeiten in der Einstellung zum Krieg bei Menschen mit und ohne direkte Kriegserfahrung gibt. Der Vergleich zwischen den Einstellungen in den vier Mitgliedsländern der Sicherheitsrates und denen in den 12 untersuchten kriegsbetroffenen Ländern ergab hauptsächlich folgende Schlussfolgerungen:

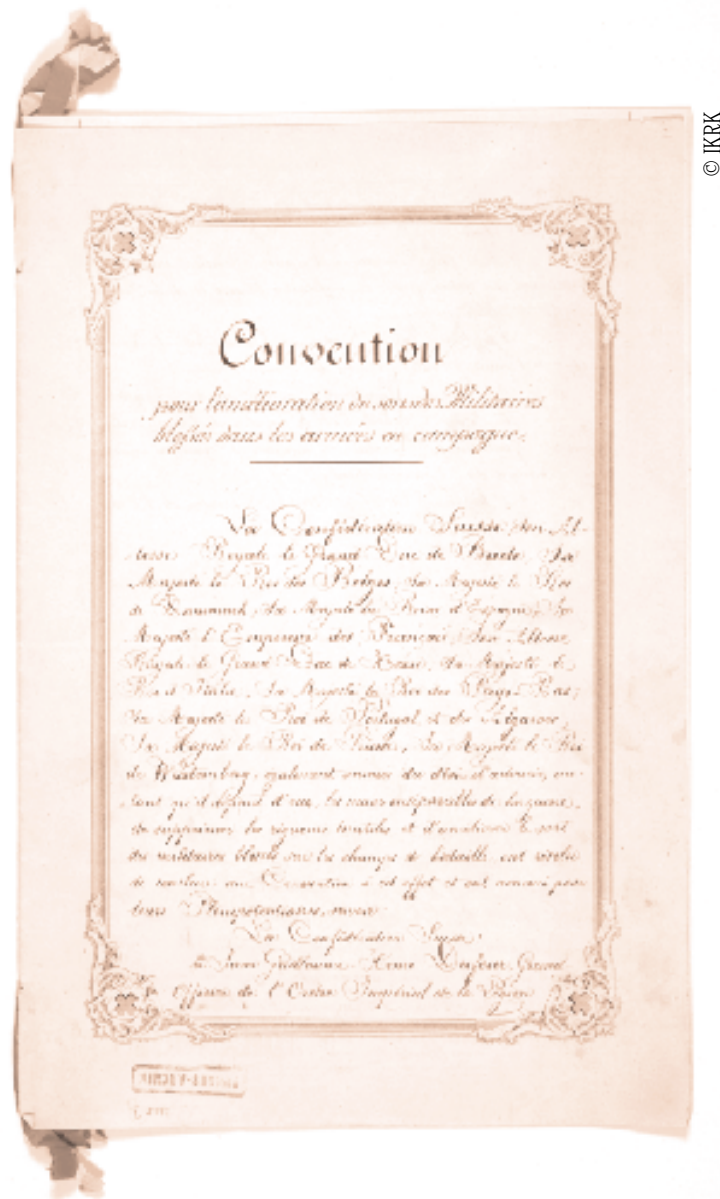
- Die breite Mehrheit der Befragten sowohl in den vier Mitgliedsländern des Sicherheitsrates als auch in den kriegsbetroffenen Ländern befürworteten den absoluten Schutz der Zivilisten in Kriegszeiten. 68 Prozent der Befragten in den Sicherheitsratsländern fordern, dass Kombattanten

„ausschließlich Kombattanten angreifen sollten und Zivilisten verschonen müssten“. 64 Prozent der Befragten in den kriegsbetroffenen Ländern schließen sich diesem Standpunkt an. Jedoch gibt es in allen Ländern beachtliche Minderheiten, die der Meinung sind, dass Kombattanten Angriffe auf Zivilisten nur „so weit wie möglich“ vermeiden sollten.

- Bei vielen Maßnahmen zeigen die Befragten in den USA eine weitaus größere Toleranz für Angriffe gegen Zivilisten als die Befragten in anderen Mitgliedsländern des Sicherheitsrates. Eine knappe Mehrheit (52 Prozent) fordert, dass Kombattanten die Zivilisten generell verschonen sollten, während 42 Prozent der Meinung sind, dass Zivilisten nur so weit wie möglich verschont werden sollten. Die Bevölkerung der Russischen Föderation vertritt dagegen die schärfste Linie gegen Angriffe auf Zivilisten: 77 Prozent sprechen sich dafür aus, Zivilisten ganz auszusparen, und nur 17 Prozent stimmen für die bedingte Option der weitest möglichen Schonung von Zivilisten.
- Befragte in beiden Ländergruppen nennen am häufigsten den Glauben an die Menschenrechte als Grundlage ihrer Überzeugung, dass Angriffe auf die Zivilisten falsch seien. 59 Prozent der Befragten in den Sicherheitsratsländern und 49 Prozent in den untersuchten kriegsbetroffenen Ländern geben diese Antwort. Über vier Zehntel (43 Prozent) der Befragten in den vier Sicherheitsratsländern meinen, dass Angriffe auf Zivilisten falsch seien, da dies ihrem „persönlichen Moralkodex“ zuwiderlaufe, gegenüber 31 Prozent in den kriegsbetroffenen Ländern. Eine erheblich wichtigere Rolle im Denken der Befragten in den kriegsbetroffenen Ländern nehmen jedoch die Rechtsbestimmungen und die Religion ein.
- Es gibt Hinweise darauf, dass Menschen in Ländern, in denen lange und chaotische Kriege herrschten, die regelmäßig Opfer unter Zivilisten forderten - beispielsweise in Kolumbien, El Salvador, Afghanistan, Kambodscha und Somalia - mit geringerer Wahrscheinlichkeit Aktionen tolerieren, die Zivilisten schaden können. Insbesondere lehnen sie die Vorstellung ab, bestimmte Aktionen, wie Angriffe auf Dörfer unter Inkaufnahme von Todesopfern unter den Zivilisten, als „zum Krieg gehörig“ hinzunehmen. Menschen,

welche in Partisanenkriege verwickelt waren, die die gesamte Gesellschaft in den Konflikt einbeziehen - so der Konflikt in Georgien/Abchasien, israelisch/palästinensische Konflikt, Konflikt im Libanon und in Bosnien-Herzegowina -, tendieren eher dazu, solche Handlungen zu sanktionieren.

- Atomwaffen, chemische Waffen und Landminen rangieren an der Spitze der Waffenarten, die Menschen in beiden Ländergruppen verboten sehen möchten. Besonders Landminen stoßen auf überwältigende Ablehnung. Fast drei Viertel aller Befragten (70 Prozent in den untersuchten Sicherheitsratsländern und 73 Prozent in den kriegsbetroffenen Regionen) fordern, dass Landminen unter keinen Umständen eingesetzt werden dürfen, wenn dadurch Zivilisten gefährdet werden können; 26 Prozent bzw. 23 Prozent stimmen dem nicht zu. Mehr als ein Drittel der US-Amerikaner und der Menschen in der Russischen Föderation billigen jedoch den Einsatz von Landminen.
- Das Verständnis der Verpflichtungen gegenüber Gefangenen in beiden Ländergruppen weist Unterschiede auf: etwa ein Drittel der Befragten in den USA (32 Prozent) und in den untersuchten kriegsbetroffenen Ländern (31 Prozent) ist der Meinung, dass die Folterung von Gefangenen zulässig sei. Die Ansicht, Gefangene dürften getötet werden, wenn der Feind das gleich tut, teilen allerdings nur wenige. In den vier untersuchten Sicherheitsratsländern geben nur 11 Prozent der Befragten zu Protokoll, dass sie der Tötung von Gefangenen unter diesen Umständen zustimmen würden, während 85 Prozent dies ablehnen. Die Vergleichszahlen für die kriegsbetroffenen Länder liegen bei 15 bzw. 80 Prozent.
- Es gibt deutliche Hinweise dafür, dass Menschen, die einem Krieg in ihrem Land ausgesetzt waren, sich persönlich eher mit denjenigen identifizieren, die sich nicht selbst verteidigen können. Die Befragten in den kriegsbetroffenen Ländern - Kombattanten und Nichtkombattanten gleichermaßen - antworten zwar mit doppelter Wahrscheinlichkeit gegenüber denen in den Sicherheitsratsländern, dass gefangene Kombattanten den Tod verdienen. Doch wenn sie mit Leben/Tod-Szenarien oder schwierigsten persönlichen Entscheidungen konfrontiert werden, sind sie eher als die Vergleichspersonen in den vier untersuchten Si-



© IKRK

cherheitsratsländern bereit, einem wehrlosen feindlichen Kombattanten zu helfen oder ihn zu retten, selbst wenn er einen ihnen nahestehenden Menschen getötet hat.

- An keiner anderen Stelle in der IKRK-Befragung treten die Unterschiede zwischen den vier Sicherheitsratsländern und den kriegsbetroffenen Ländern deutlicher zutage als in der Frage der Bekanntheit der Genfer Konventionen. Zwei Dritteln der Befragten (66 Prozent) in der Gruppe der vier Sicherheitsratsländer haben von den Genfer Konventionen gehört, während sie etwa einem Drittel (31 Prozent) unbekannt sind. Dagegen geben in den kriegsbetroffenen Ländern nur 39 Prozent der Befragten an, von den Genfer Konventionen gehört zu haben, die Mehrheit (51 Prozent) kennt sie nicht.

- Während die Befragten in den vier Sicherheitsratsländern mit höherer Wahrscheinlichkeit von den Konventionen gehört haben, ist bei den Befragten in den kriegsbetroffenen Ländern die Überzeugung viel ausgeprägter, die Konventionen könnten eine Verschlimmerung von Kriegen verhindern. Nachdem ihnen eine Beschreibung der Genfer Konventionen vorgelesen worden war, war in den Sicherheitsratsländern die Zahl der Personen, die glauben, die Konventionen trügen dazu bei, die Verschlimmerung von Kriegen zu begrenzen (43 Prozent), fast gleich groß wie die Zahl derjenigen, die glauben, dass sie „keinen wirklichen Unterschied ausmachten“ (47 Prozent). Die Menschen in kriegsbetroffenen Regionen sind da erheblich optimistischer: dort meinen 56 Prozent, dass die Konventionen einen positiven Effekt haben könnten - doppelt so viele wie diejenigen, die sagen, dass sie keinen wirklichen Unterschied ausmachten.

© IKRK /Boris Hewger



- In den vier untersuchten Sicherheitsratsländern glaubt ein höherer Prozentsatz der Öffentlichkeit als in den kriegsbetroffenen Ländern, dass Täter für Verstöße gegen Kriegsregeln zur Rechenschaft gezogen werden müssen, dass diese Menschen vor Gericht gestellt werden sollten und dass internationale Institutionen für ihre Bestrafung sorgen sollten. Volle acht Zehntel der Befragten in diesen Sicherheitsratsländern - im Vergleich: 60 Prozent in den kriegsbetroffenen Ländern - stimmen der These zu, dass es „Gesetze oder Regeln gibt, die so wichtig sind, dass Personen bestraft werden sollten, die sie im Krieg missachten“.

- Bei der Frage nach der Rolle internationaler Organisationen beim Schutz von Zivilisten vor kriegsbedingten Bedrohungen antwortet die Mehrzahl der Befragten sowohl in den vier Sicherheitsratsländern als auch in den kriegsbetroffenen Ländern, dass das IKRK und die Nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften die wichtigste Rolle spielen. Menschen, die entfernter vom Geschehen sind - die Befragten in den vier Sicherheitsratsländern -, vertreten durchgängiger diese Meinung. Etwa zwei Drittel in diesen Ländern erwähnen die Organisationen IKRK/Rotes Kreuz/Roter Halbmond, während die entsprechenden Zahlen in den kriegsbetroffenen Ländern zwischen 24 und 72 Prozent schwanken.

C. Ergebnisse in der Schweiz

Das IKRK hat auch eine Befragung in der Schweiz durchgeführt, um die Meinungen der dortigen Bevölkerung zu Krieg und zu den Kriegsregeln zu ermitteln. Diese Untersuchung - gedacht zur Erforschung der Einstellungen der Schweizer vor dem Hintergrund der Rolle des Landes als Depositärstaat der Genfer Konventionen und seiner historischen Neutralität - stellt eine wertvolle Ergänzung zu den Erkenntnissen dar, die aus den Befragungen in den vier Sicherheitsratsländern und in den 12 kriegsbetroffenen Ländern gewonnen wurden. Die Befragung erbrachte im Wesentlichen folgende Resultate:

- Bei der Untersuchung der Einstellung zu internationalen Interventionen im Vergleich mit den vier untersuchten Sicherheitsratsländern stehen die Schweizer am isolationistischen Ende der Meinungsskala. Während 78 Prozent der Schweizer Befragten humanitäre Hilfe für die Opfer von Kriegen befürworten (unter der Voraussetzung, dass keine Truppen in das Land geschickt werden müssen), konkurrieren die Schweizer in ihrer Ablehnung von Truppenentsendungen zum Beenden von Kriegen nur noch mit der Bevölkerung in der Russischen Föderation.
- Hinsichtlich der Forderung nach absolutem Schutz der Zivilisten in Kriegszeiten unterscheiden sich die Schweizer Befragten nur wenig von den Vergleichspersonen in den vier Sicherheitsratsländern und den untersuchten kriegsbetroffenen Ländern. Ihre Einstellungen

kommen den in Frankreich und in der Russischen Föderation geäußerten am nächsten: 77 Prozent der Schweizer sagen, dass Kombattanten „ausschließlich feindliche Kombattanten angreifen sollten und Zivilisten verschonen müssten“, während 16 Prozent der relativierenden Aussage zustimmen, Zivilisten sollten „so weit wie möglich“ verschont werden.

- Die Einstellung der Schweizer zu Massenvernichtungswaffen ähnelt stark der Haltung der Befragten in den vier untersuchten Sicherheitsratsländern. Etwa 60 Prozent der Befragten in der Schweiz fordern, dass nukleare und chemische Waffen niemals zur Anwendung gelangen dürften. Die Schweizer Befragten nennen hierbei Landminen erheblich häufiger als die Menschen in den anderen Ländergruppen. 33 Prozent der Schweizer erwähnen Landminen separat, verglichen mit 24 Prozent der Befragten in den kriegsbetroffenen Ländern und 13 Prozent der Befragten in der Gruppe der Sicherheitsratsländer.
- Die Schweizer Befragten zeigen in ihrer Mehrzahl ein großes Verständnis für die internationalen Verpflichtungen zur Behandlung von Kriegsgefangenen. So wissen beispielsweise 88 Prozent der Befragten in der Schweiz, dass Kriegsgefangene ein Recht auf den Besuch durch Vertreter unabhängiger Organisationen haben, und 79 Prozent sagen, dass Gefangene nicht der Folter unterworfen werden dürfen.
- Einer überwältigenden Mehrheit der Schweizer Befragten sind die Genfer Konventionen bekannt. 80 Prozent der Befragten in der Schweiz geben an, sie hätten von den Konventionen gehört, eine Zahl, übertroffen nur durch 86 Pro-

zent der Briten, die laut eigener Aussage die Konventionen kennen.

- Fast neun von zehn Schweizern (88 Prozent) glauben, dass es im Krieg Gesetze oder Regeln gibt, die so wichtig sind, dass Personen bestraft werden sollten, die sie missachten. Dieser Wert liegt um etwa 10 Prozentpunkte höher als in den vier untersuchten Sicherheitsratsländern und um knapp 30 Punkte höher als in den kriegsbetroffenen Ländern. Die internationale Rolle des Landes und sein Glaube an die internationalen Institutionen wird vielleicht am deutlichsten durch die Zahl von 70 Prozent aller Schweizer unterstrichen, die sagen, dass Kriegsverbrechen durch einen internationalen Strafgerichtshof verfolgt werden sollten. Demgegenüber stehen durchschnittlich 42 Prozent in den vier Sicherheitsratsländern und 36 Prozent in den kriegsbetroffenen Ländern.
- Mehr noch als die Befragten in den vier Sicherheitsratsländern vertrauen die Schweizer in das IKRK, das Rote Kreuz und internationale humanitäre Organisationen. Auf die Frage, welche Organisationen Zivilisten helfen könnten, die angegriffen und von Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung abgeschnitten werden, nennen fast drei Viertel (73 Prozent) das IKRK oder Rote Kreuz. Eine Mehrzahl der Schweizer verweist auch auf internationale humanitäre Organisationen. Obwohl die Schweizer bei der Hilfe für in einen Konflikt hineingezogene Zivilisten stärker auf den Einfluss internationaler Organisationen vertrauen als Befragte in anderen Ländern, zeigen sie eine merkwürdig ambivalente Haltung hinsichtlich künftiger internationaler Interventionen durch solche Organisationen, um Zivilisten zu schützen.

3. TABELLEN ZU EINZELNEN UMFRAGEERGEBNISSEN IN DEN KRIEGSBETROFFENEN LÄNDERN UND STÄNDIGEN MITGLIEDSLÄNDERN DES SICHERHEITSRATES

TABELLE 1

Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten (Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)

	Feindliche Kombattanten und Zivilisten angreifen	Feindliche Kombattanten angreifen und Zivilisten so weit wie möglich verschonen	Nur feindliche Kombattanten angreifen und Zivilisten verschonen
Sicherheitsratsländer insgesamt*	2%	26%	68%
Großbritannien	1%	26%	72%
Vereinigte Staaten	4%	42%	52%
Frankreich	1%	17%	76%
Russische Föderation	2%	17%	77%
Kriegsbetroffene Regionen insgesamt**	3%	29%	64%
Kolumbien	1%	20%	72%
El Salvador	1%	9%	84%
Philippinen	1%	65%	29%
Georgier	0%	28%	72%
Abchasier	3%	34%	62%
Afghanistan	3%	32%	62%
Kambodscha	1%	10%	88%
Bosnien-Herzegowina	2%	18%	76%
Libanon	2%	29%	68%
Israelis	7%	58%	33%
Palästinenser	16%	43%	41%
Somalia	8%	21%	66%
Südafrika	2%	32%	62%
Nigeria	8%	29%	60%

Frage: Wenn Kombattanten angreifen, um den Feind zu schwächen, sollten sie ... ?

* Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates

** Die untersuchten kriegsbetroffenen Regionen

TABELLE 2

Grundlage der Wertnormen

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen bezogen auf die Befragten, die angaben, dass Soldaten und Kämpfer bestimmte Dinge nicht tun dürften, weil es „falsch sei“) (zwei vorrangige Wahlmöglichkeiten)

	Gegen die Menschenrechte	Gegen Ihren persönlichen Moralkodex	Gegen Rechtsbestimmungen	Gegen Ihre Religion	Gegen das, woran Menschen glauben	Gegen Ihre Kultur	Sonstiges	Weiß nicht
Sicherheitsratsländer insgesamt*	59%	43%	16%	15%	11%	8%	2%	1%
Großbritannien	66%	30%	8%	9%	8%	3%	1%	1%
Vereinigte Staaten	51%	29%	12%	26%	14%	5%	4%	1%
Frankreich	55%	44%	7%	10%	6%	13%	2%	1%
Russische Föderation	63%	63%	30%	14%	15%	10%	0%	-
Kriegsbetroffene Regionen insgesamt**	49%	31%	36%	37%	11%	12%	1%	1%
Kolumbien	58%	18%	-	14%	5%	2%	1%	1%
El Salvador	52%	19%	20%	39%	13%	5%	2%	2%
Philippinen	43%	18%	58%	44%	16%	4%	0%	0%
Georgier	59%	31%	51%	41%	27%	20%	-	-
Abchasier	57%	36%	45%	16%	15%	20%	2%	2%
Afghanistan	45%	21%	27%	78%	17%	14%	-	-
Kambodscha	21%	18%	56%	23%	1%	5%	-	-
Bosnien-Herzegowina	57%	27%	24%	19%	6%	6%	0%	0%
Libanon	56%	46%	37%	57%	10%	9%	-	-
Israelis	64%	73%	40%	19%	4%	27%	6%	6%
Palästinenser	72%	59%	45%	80%	30%	31%	1%	1%
Somalia	39%	53%	27%	39%	10%	31%	0%	0%
Südafrika	51%	28%	44%	34%	13%	11%	2%	2%
Nigeria	51%	12%	30%	42%	8%	5%	0%	0%

Frage: Wenn Sie sagen „es ist falsch“, ist es primär falsch, weil es ... ist?

* Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates

** Die untersuchten kriegsbetroffenen Regionen

TABELLE 3

Bekanntheit der Genfer Konventionen

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)

	Gehört	Nicht gehört	Weiß nicht
Sicherheitsratsländer insgesamt*	66%	31%	2%
Großbritannien	86%	14%	-
Vereinigte Staaten	66%	33%	1%
Frankreich	68%	30%	2%
Russische Föderation	51%	43%	6%
Kriegsbetroffene Regionen insgesamt**	39%	51%	10%
Kolumbien	37%	54%	9%
El Salvador	33%	63%	4%
Philippinen	12%	80%	8%
Georgier	18%	69%	13%
Abchasier	52%	28%	20%
Afghanistan	24%	62%	14%
Kambodscha	23%	72%	5%
Bosnien-Herzegowina	80%	13%	7%
Libanon	56%	33%	11%
Israelis	89%	10%	1%
Palästinenser	65%	28%	7%
Somalia	42%	36%	21%
Südafrika	17%	71%	12%
Nigeria	25%	64%	11%

Frage: Haben Sie von den Genfer Konventionen gehört?

* Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates

** Die untersuchten kriegsbetroffenen Regionen

TABELLE 4

Auswirkungen der Genfer Konventionen

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)

	Verhindern, dass Kriege schlimmer werden	Machen keinen wirklichen Unterschied aus	Weiß nicht
Sicherheitsratsländer insgesamt*	43%	47%	10%
Großbritannien	38%	55%	7%
Vereinigte Staaten	38%	57%	6%
Frankreich	49%	45%	6%
Russische Föderation	47%	33%	20%
Kriegsbetroffene Regionen insgesamt**	56%	28%	15%
Kolumbien	45%	38%	17%
El Salvador	71%	20%	8%
Philippinen	61%	26%	13%
Georgier	60%	32%	8%
Abchasier	59%	27%	14%
Afghanistan	44%	48%	8%
Kambodscha	86%	4%	9%
Bosnien-Herzegowina	59%	29%	12%
Libanon	43%	48%	9%
Israelis	41%	53%	6%
Palästinenser	39%	51%	10%
Somalia	51%	13%	36%
Südafrika	40%	28%	32%
Nigeria	71%	17%	12%

Frage: Denken Sie, dass die Genfer Konventionen verhindern, dass Kriege schlimmer werden, oder machen sie keinen wirklichen Unterschied aus?

* Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates

** Die untersuchten kriegsbetroffenen Regionen

TABELLE 5

Angriffe auf Zivilisten

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)

	Es ist in Ordnung, Zivilisten anzugreifen, die feindlichen Kombattanten Nahrung und Unterkunft verschaffen.	Zivilisten Nahrung, Medizin oder Wasser zu entziehen, gehört zum Krieg.	Feindliche Kombattanten in bevölkerten Dörfern oder Städten unter Inkaufnahme der Tötung vieler Zivilisten/Frauen und Kindern anzugreifen, gehört zum Krieg.	Es ist in Ordnung, Landminen zu verlegen, selbst wenn Zivilisten zufällig darauf treten könnten.
Sicherheitsratsländer insgesamt*	18%	28%	23%	26%
Großbritannien	16%	28%	29%	18%
Vereinigte Staaten	25%	36%	38%	37%
Frankreich	13%	18%	26%	7%
Russische Föderation	9%	28%	20%	35%
Kriegsbetroffene Regionen insgesamt**	17%	26%	24%	23%
Kolumbien	-	17%	17%	6%
El Salvador	4%	25%	22%	5%
Philippinen	12%	41%	30%	10%
Georgier	22%	41%	34%	43%
Abchasier	22%	34%	42%	49%
Afghanistan	14%	11%	8%	11%
Kambodscha	12%	12%	10%	12%
Bosnien-Herzegowina	12%	32%	28%	39%
Libanon	14%	27%	31%	26%
Israelis	34%	29%	42%	66%
Palästinenser	49%	31%	35%	46%
Somalia	24%	17%	15%	21%
Südafrika	14%	23%	17%	10%
Nigeria	25%	31%	32%	31%

* Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates

** Die untersuchten kriegsbetroffenen Regionen

TABELLE 6

Verpflichtungen gegenüber gefangenen Kombattanten

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)

	Einem unabhängigen Respräsentanten Besuche erlauben	Dürfen nicht gefoltert werden
Sicherheitsratsländer insgesamt*	76%	76%
Großbritannien	81%	81%
Vereinigte Staaten	57%	65%
Frankreich	86%	90%
Russische Föderation	82%	72%
Kriegsbetroffene Regionen insgesamt**	74%	62%
Kolumbien	68%	78%
El Salvador	74%	71%
Philippinen	67%	78%
Georgier	72%	72%
Abchasier	70%	53%
Afghanistan	89%	64%
Kambodscha	94%	63%
Bosnien-Herzegowina	79%	56%
Libanon	80%	68%
Israelis	57%	45%
Palästinenser	80%	48%
Somalia	80%	70%
Südafrika	54%	52%
Nigeria	67%	35%

* Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates

** Die untersuchten kriegsbetroffenen Regionen

TABELLE 7

Hilfe für verwundete oder sich ergebende Kombattanten

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)

	Würde helfen/retten	Würde nicht helfen/retten	Weiß nicht
Sicherheitsratsländer insgesamt*	42%	41%	18%
Großbritannien	47%	36%	17%
Vereinigte Staaten	54%	42%	4%
Frankreich	38%	32%	31%
Russische Föderation	28%	50%	22%
Kriegsbetroffene Regionen insgesamt**	54%	35%	10%
Kolumbien	62%	22%	16%
El Salvador	65%	25%	10%
Philippinen	67%	30%	4%
Georgier	35%	57%	8%
Abchasier	33%	53%	13%
Afghanistan	64%	32%	4%
Kambodscha	85%	13%	2%
Bosnien-Herzegowina	39%	39%	22%
Libanon	60%	25%	14%
Israelis	44%	35%	22%
Palästinenser	49%	46%	5%
Somalia	69%	22%	8%
Südafrika	34%	54%	11%
Nigeria	43%	53%	5%

Frage: Würden Sie einem verwundeten feindlichen Kombattanten helfen oder das Leben eines sich ergebenden Feindes retten, der eine Ihnen nahestehende Person getötet hat?

* Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates

** Die untersuchten kriegsbetroffenen Regionen

TABELLE 8

Bestrafung

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)

	Ja	Nein	Weiß nicht
Sicherheitsratsländer insgesamt*	80%	12%	8%
Großbritannien	81%	12%	7%
Vereinigte Staaten	78%	21%	1%
Frankreich	84%	7%	9%
Russische Föderation	77%	8%	15%
Kriegsbetroffene Regionen insgesamt**	59%	18%	23%
Kolumbien	71%	14%	15%
El Salvador	60%	29%	11%
Philippinen	51%	30%	19%
Georgier	63%	17%	20%
Abchasier	73%	8%	19%
Afghanistan	56%	33%	10%
Kambodscha	57%	8%	35%
Bosnien-Herzegowina	82%	5%	13%
Libanon	51%	14%	35%
Israelis	74%	18%	8%
Palästinenser	61%	28%	11%
Somalia	63%	12%	25%
Südafrika	38%	19%	43%
Nigeria	44%	24%	31%

Frage: Gibt es Regeln oder Rechtsbestimmungen, die so wichtig sind, dass eine Person, die sie während des Krieges bricht, bestraft werden sollte?

- Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates
- Die untersuchten kriegsbetroffenen Regionen

TABELLE 9

Nach dem Konflikt

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen der Befragten, die glauben, dass Rechtsbestimmungen existieren)

	Vor Gericht gestellt werden	Vergeben/ Vergessen werden, nachdem der Krieg vorbei ist	Der Öffentlichkeit bekannt gemacht, aber nicht vor Gericht gestellt werden	Amnestie erhalten	Weiß nicht
Sicherheitsratsländer insgesamt*	82%	6%	6%	4%	2%
Großbritannien	82%	4%	4%	3%	6%
Vereinigte Staaten	80%	7%	8%	2%	3%
Frankreich	91%	2%	1%	3%	3%
Russische Föderation	77%	4%	9%	5%	4%
Kriegsbetroffene Regionen insgesamt**	76%	9%	5%	7%	3%
Kolumbien	72%	15%	7%	-	6%
El Salvador	43%	25%	8%	18%	5%
Philippinen	65%	12%	3%	18%	2%
Georgier	82%	3%	9%	1%	6%
Abchasier	77%	8%	9%	1%	5%
Afghanistan	71%	7%	5%	14%	3%
Kambodscha	91%	3%	2%	2%	2%
Bosnien-Herzegowina	94%	2%	2%	2%	-
Libanon	90%	4%	3%	3%	1%
Israelis	67%	9%	5%	12%	6%
Palästinenser	83%	6%	5%	5%	2%
Somalia	79%	6%	3%	3%	9%
Südafrika	70%	6%	9%	13%	2%
Nigeria	62%	15%	4%	16%	3%

Frage: Wenn der Konflikt vorüber ist, sollten die/den Personen, die die Regeln gebrochen haben?

* Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates

** Die untersuchten kriegsbetroffenen Regionen

TABELLE 10

Wirkung internationaler Friedenstruppen

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)

	Besser	Schlechter	Keinen Unterschied	Weiß nicht
Sicherheitsratsländer insgesamt*	54%	8%	29%	8%
Großbritannien	58%	4%	31%	7%
Vereinigte Staaten	52%	15%	28%	5%
Frankreich	52%	9%	27%	12%
Russische Föderation	54%	4%	31%	11%
Kriegsbetroffene Regionen insgesamt**	51%	14%	27%	7%
Georgier	31%	9%	52%	8%
Abchasier	81%	2%	15%	2%
Kambodscha	88%	2%	9%	1%
Bosnien-Herzegowina	41%	13%	40%	7%
Libanon	41%	8%	44%	8%
Somalia	46%	27%	10%	17%

Frage: Macht die Friedenstruppe es besser oder schlechter, oder macht sie keinen Unterschied aus?

* Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates

** Die untersuchten kriegsbetroffenen Regionen

Georgier: Diese Zahlen beziehen sich auf UNOMIG, die UN Beobachtermission in Georgien.

Abchasier: Diese Zahlen beziehen sich auf die Friedenstruppen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

TABELLE 11a

Hilfewendung

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)

	Insgesamt	El Salvador	Georgier	Abchasier	Afghanistan	B-H	Libanon	Israelis	Palästinenser	Somalia	Südafrika	Nigeria
IKRK/Rotes Kreuz/ Roter Halbmond	43%	58%	15%	36%	40%	61%	52%	31%	65%	32%	24%	52%
Regierung	11%	23%	30%	0%	5%	4%	5%	19%	5%	0%	21%	14%
UN Organisationen (z.B. UNHCR)	10%	1%	6%	7%	36%	2%	11%	9%	28%	16%	4%	9%
Humanitäre Organisationen	9%	7%	3%	1%	10%	15%	14%	20%	6%	6%	2%	13%
Niemanden	8%	1%	2%	32%	8%	6%	19%	1%	1%	0%	13%	5%
Religiöse Führer	5%	3%	0%	0%	1%	0%	4%	9%	6%	21%	4%	5%
Internationale Organisationen	5%	5%	5%	0%	0%	0%	5%	20%	6%	16%	1%	9%
Lokale Regierungsführer	4%	2%	16%	19%	1%	0%	5%	2%	2%	1%	4%	1%
Andere	4%	4%	5%	0%	2%	8%	0%	7%	4%	8%	2%	0%
Gott/Kirche	3%	0%	0%	0%	16%	0%	0%	0%	0%	0%	1%	11%
Armee/Militär	2%	3%	4%	0%	1%	0%	3%	2%	0%	0%	4%	2%
Das Volk	1%	0%	18%	0%	1%	0%	0%	2%	2%	0%	0%	1%
UN (allgemein)	0%	0%	0%	0%	0%	9%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Weiß nicht / verweigert	11%	5%	6%	11%	6%	11%	4%	0%	15%	0%	24%	17%

Frage: Was kann getan werden, wenn während des Krieges zivile Gebiete angegriffen, Städte oder Dörfer von Nahrung, Wasser, medizinischer Versorgung und Elektrizität abgeschnitten werden? An wen würden Sie sich wenden, um Hilfe oder Schutz zu erhalten?

Die Daten für Kambodscha waren zum Zeitpunkt der Berichtsabfassung nicht verfügbar. Die Zahlen für Kolumbien und die Philippinen sind nicht genau wiedergegeben, da das Kodierungsschema erst nach Durchführung der Initialphase der Forschung voll standardisiert war.

Philippinen	Insgesamt	Kolumbien	Insgesamt
Regierung oder Regierungsstellen	77%	Rotes Kreuz	48%
Regierungsbeamte	34%	Internationaler Gerichtshof	4%
Rotes Kreuz	31%	Die Regierung	28%
Andere Leute/Filipinos	10%	Das Militär	13%
Gott/Priester/Pfarrer/Kirche	5%	Die Kirche	4%
Militär	3%	UN	9%
Polizei	3%	Medizinisches Zentrum	2%
Nichtregierungsorganisationen	2%	Zivilcorps	4%
Kann mich an niemand wenden	2%	Verteidiger des Volkes	5%
UN	2%	Die Familie	1%
Zivilcorps	2%	Keine Antwort	16%
Weiß nicht / verweigert	4%		

TABELLE 11b

Hilfewendung

(Gesamt- und länder-/regionenbezogene Prozentzahlen)
(zwei vorrangige Wahlmöglichkeiten)

	Sicherheitsrats -länder insgesamt*	Groß- britannien	Vereinigte Staaten	Frank- reich	Russische Föderation
Das IKRK oder Rotes Kreuz	64%	63%	71%	65%	56%
Internationale humanitäre Organisationen	40%	36%	30%	64%	34%
Die Vereinten Nationen	26%	34%	28%	15%	25%
Religiöse Führer	12%	6%	29%	5%	6%
Regierungsführer	12%	7%	10%	5%	24%
Militär und Kombattanten	12%	14%	14%	7%	11%
Journalisten und Medien	10%	10%	9%	6%	12%
Internationaler Strafgerichtshof	7%	5%	4%	9%	9%
Andere Länder	2%	2%	3%	3%	3%
Weiß nicht	2%	3%	1%	4%	2%
Niemand tat irgendetwas	2%	0%	1%	1%	6%

Frage: Während der Kriege werden manchmal zivile Gebiete angegriffen, Städte oder Dörfer von Nahrung, Wasser, medizinischer Versorgung und Elektrizität abgeschnitten. Ich werde Ihnen eine Liste von Organisationen und Personen vorlesen, an die sich Zivilisten wenden können, um diese Dinge zu unterbinden. Bitte sagen Sie mir, welche **zwei** die wichtigsten sind.

* Die vier untersuchten ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates

Den Befragten wurde eine Liste von Organisationen und Personen vorgelesen, an die sich Zivilisten wenden könnten, wenn zivile Gebiete angegriffen oder von Nahrung, Wasser, medizinischer Versorgung und Elektrizität abgeschnitten werden. Und sie wurden gebeten, auszuwählen, welche die zwei wichtigsten Organisationen sind. Im Resultat ergeben die summierten Antworten mehr als 100 Prozent.

ANHANG

ZUM METHODOLOGISCHEN ANSATZ

Die weltweite IKRK-Befragung über die Kriegsregeln, ein Eckstein des Projekts „Zeugen des Krieges“, wurde in zwölf Ländern durchgeführt, die innerhalb der letzten Jahrzehnte von Kriegen heimgesucht wurden. In jedem dieser Länder startete das IKRK eine öffentliche Meinungsumfrage bei einer repräsentativen Gruppe der Bevölkerung und führte vertiefte Einzelinterviews und Zielgruppendifkussionen mit Personen durch, die den Konflikt miterlebten oder direkt davon betroffen waren.

Zum Vergleich wurden auch die Ansichten von Personen in Frankreich, der Russischen Föderation, der Schweiz, in Großbritannien und den USA untersucht, allerdings nur anhand von Meinungsumfragen.

Die Befragungsaktion basierte auf drei grundlegenden Untersuchungsmethoden:

- einer Meinungsumfrage unter 1.000 (in manchen Fällen 1.500) für die allgemeine Bevölkerung des jeweiligen Landes repräsentativ ausgewählten Personen;
- Zielgruppendifkussionen (an denen je nach Land zwischen 8 und 12 Personen teilnahmen), um einen professionell moderierten, intensiven Erfahrungsaustausch in kleinen Gruppen zu ermöglichen;
- vertiefte Einzelinterviews (ca. 20 pro Land) mit Personen mit besonderen Kriegserlebnissen.

In fast allen Fällen führten Mitarbeiter des IKRK oder des lokalen Roten Kreuzes oder Roten Halbmondes die Interviews, organisierten die Zielgruppendifkussionen einschließlich der Auswahl der Teilnehmer und betätigten sich als Übersetzer und Dolmetscher. Greenberg Research entwickelte in Zusammenarbeit mit einem lokalen Partnerunternehmen das Stichprobendesign, übernahm die elektronische Weiterverarbeitung der Daten, stellte die Moderatoren und bereitete die Protokolle auf.

Meinungsumfrage

Fragebogen. Bei der Meinungsumfrage wurden Menschen zu ihren Kriegserlebnissen und Ansichten über das humanitäre Völkerrecht befragt. Diese Umfrage war im Großen und Ganzen für alle Länder standardisiert, wenn auch Formulierungen verändert wurden, um den jeweiligen Kontext zu berücksichtigen und eine einheitliche Bedeutung zu gewährleisten. Etwa 10 Prozent der Fragen waren kontextbezogen und häufig spezifisch für das einzelne Land. Ein abgewandelter Fragebogen wurde entworfen, um in fünf weiteren Ländern die Einstellungen der Menschen zu Krieg und humanitärem Völkerrecht zu ermitteln.

Die Fragebögen wurden von Greenberg Research in Abstimmung mit dem IKRK auf der Grundlage von Interviews mit Experten im humanitären Völkerrecht in den USA und Europa entwickelt. Die Umfrage und die einzelnen Fragen wurden in Mosambique und Kolumbien einem Vortest unterzogen.

Stichprobendesign. In jedem Land wurden 1.000 bis 1.500 Personen befragt, die anhand eines geschichteten, mehrstufigen Cluster-Sampling-Verfahrens ausgewählt wurden. Die Stichprobe wurde geschichtet angelegt, um eine angemessene Repräsentation (500 Befragte) aller hauptsächlich konfliktbetroffenen relevanten geographischen Gebiete und ethnischen/religiösen Gruppen sicherzustellen. Dies bedeutete, dass beispielsweise in Bosnien-Herzegowina 1.500 Menschen (500 aus der Republika Srpska sowie jeweils 500 aus den bosniakisch/kroatischen Gebietseinheiten der Föderation Bosnien-Herzegowina), in Israel, den Besetzten Gebieten und den Autonomen Gebieten 1.000 Menschen (500 in Israel und 500 in den Besetzten Gebieten und den Autonomen Gebieten) in die Befragung einbezogen wurden. Diese Gebiete wurden in städtische und ländliche geographische Einheiten (Strata) unterteilt, um die Vertretung sowohl der Stadt- als auch der Landbevölkerung zu gewährleisten.

Von dem lokalen Partnerunternehmen wurden auf Zufallsbasis kleine geographische Einheiten innerhalb dieser Strata ausgewählt. Diese Einheiten - 100 bis 200 pro Land - bildeten die Orte der Stichprobenerhebung für die Umfrage. In jeder geographischen Einheit wurden mittels einer auf das jeweilige Land abgestimmten zufallsbasierten Routen-Methode 10 Haushalte (in einigen Län-

dern weniger) ausgewählt. In manchen Fällen wurde den Interviewern eine Karte und eine Route zugeteilt, in anderen erhielten die Interviewer nur eine Route und Auswahlinstruktionen.

Innerhalb der einzelnen Haushalte wurden die Befragten mittels eines sogenannten Kish-Rasters (einem Befragtenauswahlschlüssel, der zur Auswahl des Befragungsteilnehmers eine Kombination von Zufallszahlen, alphabetischen Codes und der Anzahl der vorhandenen Haushaltsmitglieder verwendet) oder des Geburtstagskriteriums (einem Auswahlverfahren, das den zu befragenden Teilnehmer anhand des Geburtsdatums bestimmt) ausgewählt. Die Interviewer mussten drei Versuche unternehmen, um ein abgeschlossenes Interview zu erhalten, und hatten dabei auch andere Aufenthaltsorte der Befragungsteilnehmer zu ermitteln. In nahezu allen Ländern lag die Nicht-Antwortquote unter 10 Prozent.

Die demographische Verteilung der Befragungsteilnehmer wurde mit den besten erhältlichen Einwohnerstatistikdaten bezüglich Bildung, Alter, Haushaltstyp und Beruf verglichen. In Fällen, in denen die Stichprobenszusammensetzung stark abweichend war (z. B. überdurchschnittlich viele Befragte mit höherer Schulbildung oder zu viele junge Befragte enthielt), wurden diese verfälschenden Tendenzen durch Anwendung statistischer Gewichtungen korrigiert.

Telefonisch befragt wurden 755 Erwachsene in Frankreich, 1.000 in der Schweiz, 750 in Großbritannien und 1.000 in den USA. In der Russischen Föderation wurden 1.000 persönliche Interviews durchgeführt.

Durchführung der Umfrage. In fast allen Ländern übernahm das IKRK die Durchführung der Umfrage, unterstützt durch Greenberg Research und einen lokalen Forschungspartner. Die Interviews wurden von Mitarbeitern des Roten Kreuzes oder Roten Halbmondes geführt. Greenberg Research hielt Schulungen ab, die im Regelfall zwei Tage dauerten.

Paralleluntersuchungen. In drei Ländern - Kolumbien, Bosnien-Herzegowina und auf den Philippinen - gab Greenberg Research parallele quantitative Umfragen in Auftrag, die jeweils von einem lokalen Meinungsforschungsunternehmen unter Einsatz professioneller Interviewer durch-

geführt wurden, um eventuelle Abweichungen zu erkennen. Die Ergebnisse der Parallelstudien wurden mit den Resultaten der vom IKRK durchgeführten Umfragen verglichen. Dabei wurden nur in wenigen Bereichen systematische Abweichungen festgestellt. Bei der Befragung durch Mitarbeiter des IKRK oder des Roten Kreuzes/Roten Halbmondes tendierten die Teilnehmer z.B. grundsätzlich zu einer stärkeren Unterstützung der Rolle des IKRK und waren sich der Genfer Konventionen und der Kriegsregeln bewusster. Die parallelen Untersuchungen ergaben jedoch kaum systematische Differenzen hinsichtlich der Einstellungen zum humanitären Völkerrecht. Bei den meisten anderen Fragen weisen die IKRK-Ergebnisse eine weitgehende Übereinstimmung mit den Resultaten der Paralleluntersuchung auf. (Ein technischer Bericht mit einer Bewertung der Abweichungen der Paralleluntersuchung von der des Roten Kreuzes ist gesondert erhältlich.)

Vertiefte Untersuchungen

Zielgruppendifkussionen. Die Zielgruppendifkussionen boten den Beteiligten in einer relativ unstrukturierte Umgebung die Gelegenheit, freimütig über ihre Kriegserfahrungen zu berichten, ihre Ansichten über Grenzen der Kriegführung zu äußern und mögliche Maßnahmen gegen diejenigen Personen zu diskutieren, die sie überschreiten. Im Interesse einer effizienten Arbeit waren die Gruppen so homogen wie möglich zu halten, d. h. alle Teilnehmer mussten ähnliche Merkmale aufweisen. So kamen in der Regel die Teilnehmer an einer Gruppe aus der gleichen Gegend, waren alle männlich oder weiblich und teilten eine wichtige Erfahrung (z. B. Familienangehörige vermisster Personen, frühere Soldaten, ehemalige Kämpfer, Gefangene, Lehrer oder Journalisten). Die Diskussionen verliefen oftmals intensiv und emotional, und sie gaben Aufschluss darüber, wie die Öffentlichkeit an derartige Fragen herangeht.

In jedem Land wurden 8 bis 12 Zielgruppendifkussionen organisiert - vier in jedem der Hauptkonfliktgebiete. Die Teilnehmer wurden von Mitarbeitern des Roten Kreuzes oder Roten Halbmondes anhand bestimmter von Greenberg Research erarbeiteter Vorgaben ausgewählt. Das lokale Meinungsforschungsunternehmen stellte einen professionellen Moderator, der die Diskussionen mit Hilfe von Richtlinien, die ebenfalls von Greenberg Research stammten, strukturierte.

Die Diskussionen fanden in Räumlichkeiten der Zielgruppen, in Schulklassen, Hotelzimmern und sogar unter freiem Himmel statt, beispielsweise, wenn Guerillakämpfer teilnahmen. Mitarbeiter des IKRK, des Roten Kreuzes/Roten Halbmondes und von Greenberg Research hörten als Beobachter den Diskussionen, die simultan ins Englische übersetzt wurden, von einem nahegelegenen Ort aus zu. Die Zielgruppendifkussionen wurden auf Band mitgeschnitten und später in englischer Sprache transkribiert.

© IKRK / Paul Grabhorn.



Vertiefte Einzelinterviews. Um die Umfrageantworten in ihrer vollen Bedeutung erfassen zu können, wurden vertiefte Einzelinterviews mit ca. 20 Personen pro Land geführt, die besondere Kriegserlebnisse hatten. Gemäß den Richtlinien für die Einzelinterviews wurden Fragen aus der öffentlichen Meinungsumfrage erneut gestellt, obwohl hier eher offene Antworten zugelassen waren als kategorisierte Antwortmöglichkeiten vorgegeben wurden. Die Interviewer wurden angehalten, Antworten zu ergründen und weiterzuverfolgen.

Die vertieften Einzelinterviews umfassten ein breites Spektrum von Teilnehmern - Offiziere, medizinisches Personal, Studenten (Oberschule und Universität), Journalisten, frühere Kombattanten, Flüchtlinge, Vertriebene, Familienangehörige vermisster Personen, Kriegsversehrte und andere.

Die Interviews wurden auf Band mitgeschnitten und durch das lokale Partnerunternehmen transkribiert und ins Englische übersetzt.

Fußnoten

- 1 Roy Gutman und David Rieff, Hrsg.: Crimes of War. What the Public Should Know. New York: W. W. Norton, 1999.
- 2 Bei der Planung des Projekts „Zeugen des Krieges“ wählte das IKRK weltweit Länder und Kontexte anhand folgender Kriterien aus: Geographie (globale Reichweite), Konflikttyp (internationaler Konflikt und Bürgerkrieg, territorialer, ethnischer oder ideologischer Typ bewaffneter Konflikte) und Zeitepoche (Kalter Krieg und Konflikte nach dem Kalten Krieg). Die resultierende Liste von Ländern wurde danach anhand von politischen und sicherheitsbezogenen Erwägungen bewertet, um die Durchführbarkeit der Befragung in dem jeweiligen Land zu ermitteln. Das IKRK wünschte, eine ähnliche Umfrage unter Bevölkerungen durchzuführen, die nicht direkt von einem Krieg betroffen waren und die ihr Wissen vom Krieg hauptsächlich aus Medienberichten bezogen. Zusätzlich sollten deren Regierungen bei der Durchführung von friedensstiftenden Operationen auf der ganzen Welt eine gewichtige Stimme haben. Auf dieser Basis wurden die ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in die Befragungsaktion einbezogen. Leider war eine Organisation der Befragung in der Volksrepublik China nicht möglich. Die Schweiz wurde ebenfalls einbezogen, da sie Depositarstaat der Genfer Konventionen von 1949 ist, da in Genf der Hauptsitz des IKRK liegt und da seit über einem Jahrhundert weder ihre Bevölkerung noch ihre Armee in einen bewaffneten Konflikt verwickelt wurde.
- 3 Referenzen zu allen in diesen Länderkurzbeschreibungen genannten Zahlen und Fakten finden Sie in den Länderkontext-Abschnitten der einzelnen Länderberichte.
- 4 In diesem Bericht wird mit Abchasien das unter Verwaltung der Behörden von Suchumi stehende Gebiet bezeichnet. Die Befragungsaktion sah ursprünglich getrennte Untersuchungen für beide Bevölkerungsteile vor; aus diesem Grund werden die Ergebnisse in diesem Bericht separat aufgeführt.
- 5 Die landesweiten Umfragen in diesen Ländern basieren auf jeweils zwischen 750 und 1.009 Umfrageteilnehmern.



